



## ERSTER WELTKRIEG

Zwischen Erinnerungs-  
kultur und Realität 3

## LANDWIRTSCHAFT

Die ArbeiterInnen auf  
dem Bauernhof 4

## JAPAN

Sozialrebellion gegen  
Privatisierungen 8

## GRIECHENLAND

Kampf in den Knästen 10



## Ein unbekanntes Gremium der Imperialisten

**OSZE Am 4./5. Dezember wird in Basel die OSZE Aussenministerkonferenz unter der Leitung ihres derzeitigen Präsidenten Didier Burkhalter stattfinden. Eine Grossveranstaltung mit entsprechendem Aufgebot der Polizei. Wir dokumentieren einige der Gründe, weshalb der Kampf gegen diese Organisation berechtigt ist.**

(gpw) Spätestens seit dem medienwirksamen Handschlag von Aussenminister Didier Burkhalter und Vladimir Putin am 7. Mai ist die Existenz der OSZE (englisch OSCE) ins öffentliche Bewusstsein gelangt. Die diesjährige Präsidentschaft gibt der Schweizer Diplomatie der sogenannten Guten Dienste wieder einmal eine Plattform. An der geplanten Konferenz der AussenministerInnen werden etwa 1200 Delegationsmitglieder aus den 57 Teilnehmerstaaten anwesend sein. Das Sicherheitsaufgebot wird grösser sein als jeweils am WEF. Das allein ist schon Grund genug für eine breite und heftige Mobilisierung.

Aber soll man die OSZE als solche bekämpfen, und wenn ja, wie und weshalb? Bisher war sie gleich-

sam ein unbekanntes Wesen. Genau das ist ihr Markenzeichen. Ein Wirrwarr von Gremien und Initiativen (s. Kasten) erschwert die Einschätzung darüber, was ihre spezifische Rolle ist. Versuchen wir, Licht ins Dunkle zu bringen.

### Der «Helsinki-Prozess»

Die OSZE wurde 1973 auf Initiative der Sowjetunion als «Konferenz für Zusammenarbeit und Entwicklung» (KSZE) gegründet. Der kalte Krieg war seitens der Westmächte mit der sogenannten «Entspannungspolitik» fortgesetzt worden. Neben dem Zu-Tode-Rüsten und der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland sollte die Sowjetunion und der Zusammenhalt der sozialistischen Länder von innen her aufgeweicht werden. Diese versuchten, ihre Sicherheit mittels der revisionistischen Politik der «friedlichen Koexistenz» aufrecht zu erhalten. Beide Seiten konnten innerhalb dieser Organisation ihre Interessen ein Stück weit unter einen Hut bringen.

Die Vorgespräche ab 1972 finden in der Agglomeration Helsinkis statt, wo die Aalto-Universität und wichtige finnische Konzerne ihren Sitz haben. Deshalb wird Gründung und Aufbau der Struktur, an der anfänglich 35 Länder teilnehmen, «Helsinki-Prozess» ge-

nannt. Nach zweijährigen Verhandlungen in Genf wird die KSZE-Schlussakte am 1. August 1975 in Helsinki unterschrieben. Die Staaten verpflichten sich zur Unverletzlichkeit der Grenzen, zur friedlichen Regelung von Streitfällen, zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sowie zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Ausserdem wird die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt vereinbart. An Folgekonferenzen soll die Umsetzung der KSZE-Schlussakte in den einzelnen Staaten geprüft werden. Diese waren und sind einander gleichgestellt. Beschlüsse müssen im Konsens gefasst werden. Sie sind dann politisch, aber nicht rechtlich bindend.

### Kontinuität

Es ist nur auf den ersten Blick verwunderlich, dass die 1995 umbenannte Organisation nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten weitergeführt und ausgebaut wurde. Denn Form und Inhalt waren weiterhin geeignet, die Widersprüche unter den alten und neu entstandenen kapitalistischen Staaten mit einer «weichen» Diplomatie unter Kontrolle zu halten.

Fortsetzung auf Seite 7



POLITISCHE GEFANGENE

## Indien: Freiheit für G.N. Saibaba

Am 9. Mai 2014 wurde G.N. Saibaba von Polizeikräften aus dem Bundesstaat Maharashtra vom Campus der Universität Dehli entführt, wo er als Literaturprofessor tätig ist. Genosse Saibaba setzt sich seit Jahrzehnten als Sekretär der Revolutionären Demokratischen Front (RDF) für die Rechte der armen Bauern und der Adivasi (kastenlose UreinwohnerInnen) ein. Ihm wird vorgeworfen für den Boykott der Wahlen eingetreten zu sein und Verbindungen mit den kämpfenden MaoistInnen im Land zu haben. Mit erfundenen Anklagen und Zeugenaussagen wird Saibaba seitdem in Maharashtra inhaftiert, da dort die RDF illegal ist und wo er deswegen verurteilt werden kann. Seine Stimme für die Rechtlosen soll hinter Gitter verstummen, damit er nicht weiter die Verbrechen von Polizei und Paramilitärs gegen das indische Volk anklagen kann.



Genosse Saibaba wird Berichten zufolge in dunkler Isolationshaft und ohne die notwendige ärztliche Behandlung gehalten. Er leidet seit seiner Kindheit am Post-Polio-Syndrom und ist an den Rollstuhl gefesselt. Akute Hüft- und Rückenschmerzen, hoher Blutdruck und Osteoporose verlangen kontinuierliche Assistenz und medikamentöse Behandlung. Diese wird ihm verweigert, was schnell lebensgefährliche Folgen haben kann.

Weltweit haben Solidaritätsbekundungen für die Entlassung von Saibaba stattgefunden, so in Deutschland, Italien, Spanien, Norwegen, Schweden, Kanada, USA und der Schweiz. In Indien gab es Massenproteste, in Delhi gingen zehntausende Studierende auf die Strasse. Arundhati Roy, Menschenrechtsaktivistin und Autorin, kritisiert, dass die «Operation Green Hunt» nun auch vor den indischen Universitäten keinen Halt mehr macht.

Genosse Saibaba muss sofort freigelassen werden, wie auch die Tausenden von politischen Gefangenen in Indien. (Siehe Artikel S. 9)



**Solidarität ist unsere Waffe**

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



## Aufbau-Vertrieb

An- und Verkauf proletarischer und kommunistischer Literatur

**BASEL**  
Bläsiring 86  
Öffnungszeiten auf Anfrage  
E-Mail: basel@aufbau.org

**ZÜRICH**  
Kanongasse 35  
(im Hinterhaus, Eisentreppe)  
Samstags von 12 bis 17 Uhr

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU

**Zentrum vom Revolutionären Aufbau Basel**

Bläsiring 86 (Parterre) in Basel  
Öffnungszeiten auf Anfrage  
E-Mail: basel@aufbau.org

**Kontakt Revolutionärer Aufbau Winterthur**

winterthur@aufbau.org

**Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich**

Meinrad-Lienerstrasse 15 in Zürich  
im Aufbau-Vertrieb an der Kanongasse 35 (Hinterhaus)  
jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

IMPRESSUM

**Herausgeberinnen**

Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich  
Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org  
Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org

**Redaktion (red)**

Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj)

**Redaktion und Vertrieb Schweiz**

aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5  
Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org



Protest gegen die Räumung des Labitzke-Areals in Zürich.

## Editorial

Die Alternative mit Biss. So stellt sich die Alternative Liste Zürich (AL) auf ihrem Onlineauftritt vor. Um diesem Versprechen Nachdruck zu verleihen, liess sich Richard Wolff 2013 in den Stadtrat Zürichs wählen. Etwas überraschend dann, seine Zuteilung zum Vorsteher des Polizeidepartements. «Die AL möchte nicht nur von Verbesserungen reden, sie packt sie auch aktiv an», so das Versprechen der Partei, die mit ihrem bissigen Wolf im Stadtrat dieses Ziel wohl um so effizienter umzusetzen zu können glaubte.

Doch, wieso liess dies der übrige Stadtrat zu, nachdem der grüne Leupi in den Jahren davor doch so effizient alles, was sich auf der Strasse zu bewegen versuchte, im Tränengas erstickte? Ein linker Bullenchef, wer soll da Zürichs Strassen noch vor dem schwarzen Block beschützen?

Eine Antwort darauf erhielten wir vergangenen August in Zürich Altstetten. Seit drei Jahren war dort ein Teil des Labitzke-Areals besetzt, wo der «Autonome Beauty Salon» seitdem ein Stück alternative Kultur aufgebaut hatte.

Als nun die Mobimo, die Besitzerin des Grundstücks, auf dem Areal aufräumen wollte um es, in mittlerer Zukunft neu zu nutzen, regte sich Widerstand dagegen. Besetzerinnen und Anwohner, Mieterinnen und Politiker, von SP bis zur GLP protestierten auf verschiedensten Ebenen. Doch, noch während die AL auf ihrer Website vehement gegen die Räumung des ABS protestiert, lässt ihr eigener Stadtrat das Areal räumen. Rigorose Personenkontrollen werden durchgeführt, zwei Aktivisten auf dem Areal wird im Schnellverfahren unbedingte Haftstrafen aufgehalt. «Die Alternative mit Biss» kritisiert weiter den politischen Entscheid, scheint aber nicht zu bemerken, dass ihr eigener Vertreter im Stadtrat es ist, der kreative Kulturprojekte zugunsten von leerliegenden Brachen räumen lässt. Eine solche Feststellung würde denn wohl auch bedeuten, dass sich die AL ganz grundsätzlich fragen müsste, was ihr Wolff im Stadtrat denn so grossartiges erreichen kann. Den Communiques der AL zur Räumung nach zu urteilen offenbar keine Politik im Sinne der AL.

Das dürfte denn auch der Grund sein, warum es den übrigen Parteien herzlich egal ist, wer dem Polizeidepartement vorsteht. Wolffs Politik ist genau so bissig wie diejenige Leupis. Die Einzigen, die diesen Biss zu spüren bekommen sind allerdings Diejenigen, die für wahre Alternativen eintreten, selbst wenn dies die legalen Grenzen sprengt. Daran hat sich mit dem neuen Polizeichef überhaupt nichts verändert. Der Wolf mit Biss wurde zum Polizeihund. Die Leine, die ihm Stadtrat und Polizeiapparat angelegt haben, bzw. das politische System, dessen Teil er selbst geworden ist, ist sehr kurz. So kurz, dass das Einzige, was er so erreichen kann, die Diskreditierung seiner eigenen Partei sein dürfte.

## Für neue Leserinnen und Leser

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!



# Vom Steppenfeuer zum Flächenbrand?

**KRIEG Die Gedenkfeiern und Publikationen zum Ersten Weltkrieg dienen meist der Ablenkung von den Hintergründen des ersten industriellen Mordens. Hundert Jahre danach spielen die imperialistischen Mächte einmal mehr mit dem Feuer.**

(rabs) Mit zahllosen Publikationen und Veranstaltungen wird in den letzten Monaten an den Ersten Weltkrieg erinnert. Das Spektrum reicht von der dämlich-helvetischen Spasskultur des Schweizer Fernsehens mit der Sendereihe «Anno 1914» bis zu pseudowissenschaftlichen Abhandlungen. Mehrheitlich verfolgt dieser Medienspektakel einzig den Zweck, von den Hintergründen und den Verantwortlichen für das erste industrielle Morden abzulenken. Einzig das Wörtchen «industriell» legt noch die Spur zum Kapital und den imperialistischen Mächten in ihrem Kampf um die Neuaufteilung von Märkten und Einflussbereichen.

Während die israelische Armee vor laufenden Kameras den eingekesselten und ausgehungerten Gazastreifen bombardiert und die Bevölkerung massakriert, zelebrieren die imperialistischen Mächte Deutschland und Frankreich den neuen Völkerfrieden. Ausgerechnet Bundespräsident Gauck, der unablässig weltweite militärische Einsätze Deutschlands fordert, gedenkt der Toten des durch den deutschen Imperialismus massgeblich ausgelösten ersten Weltkrieges. Die Rufe des deutschen Bundespräsidenten nach mehr Krieg bleiben nicht ungehört. Ungeniert mobilisiert das deutsche Heer in der Jugendzeitschrift «Bravo» für Erlebnisferien im Bundeswehr-Adventure-Camp auf Sardinien<sup>1</sup>. Der regierungsnaher Think Tank Politik und Wissenschaft ergänzt die von Bundespräsident Gauck «angestossene Debatte» mit «ethisch reflektierten» Elementen und erinnert daran, dass der deutsche Imperialismus «gerechte Kriege» führt<sup>2</sup>.

## Der Krieg im Osten

An der Ostfront umzingeln während des Händchenhaltens der Kriegshetzer Gauck und Hollande die ukrainische Streitkräfte, durchsetzt von faschistischen Stosstrupps, die Städte des Ostens und setzen schwere Artillerie gegen die eigene Bevölkerung ein. Über 700'000 Menschen sind inzwischen auf der Flucht. Nebst der ukrainischen Armee beteiligen sich an dieser «Anti-Terror-Operation», so der offizielle Begriff, auch Einheiten des Innenministeriums, des Inlandsgeheimdienstes, des Katastrophenministeriums, des Grenzschutzes und paramilitärische Verbände<sup>3</sup>. Zu letzteren gehören auch Söldner von privaten Sicherheitsfirmen, wie zum Beispiel der US-amerikanischen Firma Academi, besser bekannt und als Killertruppe im Irak berüchtigt unter ihrem früheren Namen Blackwater.

Das Massaker in der Ostukraine hindert die deutsche Bundeskanzlerin Merkel nicht daran, dem ukrainischen Präsidenten am Vorabend der martialischen Militärparade zur Unabhängigkeitsfeier einen symbolträchtigen Staatsbesuch abzustatten. Als erstes Geschenk hat sie die Zusage für einen 500 Millionen-Kredit im Handgepäck. Am nächsten Tag kündigt Poroschenko die massive Aufrüstung der ukrainischen Armee an.

Bis auf den heutigen Tag steht nicht fest, wer hinter dem mutmasslichen Abschuss des malaysischen



Mit einem Flyer mobilisiert Kaiser Wilhelm II zum Krieg

Passagierflugzeugs steht. Die USA, Frankreich, Grossbritannien und Deutschland machen trotzdem Russland dafür verantwortlich und rühren immer offener die Kriegstrommel. Auf die logische Reaktion Russlands, die westlichen Wirtschaftssanktionen mit dem Boykott von EU-Gütern zu beantworten, wird mit einer Hysterie sondergleichen reagiert. Die Einheitsmedien präsentieren einen demagogischen Mix aus Lügen und Halbwahrheiten, kritische Stimmen werden denunziert und zum Schweigen gebracht. Der Vergleich mit dem Kalten Krieg ist eher untertrieben. Die Situation erinnert weit mehr an den Vorabend des 1. Weltkrieges. Ein Grund mehr für die Bourgeoisie, die Hintergründe dieses historischen Verbrechens zu vertuschen oder als abgeschlossene, nicht wiederholbare Geschichte abzuhaaken.

## Der angezettelte Krieg in Syrien läuft aus dem Ruder

Völlig aus dem Ruder gelaufen ist der von den imperialistischen Mächten in Syrien angezettelte Krieg.

Die von Saudiarabien, Katar und der Türkei unterstützte Terrororganisation IS (Islamischer Staat) hat, keineswegs über Nacht, ihren Krieg auf das irakische Territorium ausgeweitet und in kurzer Zeit bedeutende Teile des Landes unter ihre Kontrolle gebracht. Die von den USA ausgerüstete und ausgebildete irakische Armee ergriff an den meisten Orten die Flucht und liess ihr hochmodernes US-amerikanisches Militärgerät zurück. Einzig die kurdischen Peschmerga und die PKK scheinen derzeit in der Lage zu sein, den Vormarsch der brutalen Gotteskrieger zu stoppen.

Solange die Terrortruppe IS ihre Gräueltaten gegen die syrische Bevölkerung ausübte, erfüllte sie ihren Zweck in der Strategie der westlichen Mächte, die Regierung von Präsident Assad zu stürzen. Mit der Destabilisierung der vom US-Imperialismus geschaffenen Strukturen im Irak überspannten die IS-Kämpfer aber den Bogen. So schliessen derzeit die imperialistischen Mächte eher unvermittelt die Kurden des Nordiraks ins Herz und beliefern die Peschmerga-KämpferInnen mit Waffen. Auch Deutschland will im Rahmen seiner wieder gefundenen Kriegslust nicht hinten anstehen und beteiligt sich erstmals wieder an Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet. Die Waffenindustrie freut es, beliefert sie doch mit Saudiarabien, Katar und den Kurden gleich beide Kriegsparteien. Und mit der Waffenindustrie profitiert auch der grösste Aktionär der deutschen Bank, der Scheich Hamad bin Dschassim bin

Dschaber al-Thani aus Katar. Selbst Teile der deutschen Linken unterstützen diese Kriegspolitik der Bundesregierung. Unwillkürlich erinnert diese Haltung an den berühmten Ausspruch von Kaiser Wilhelm II beim Ausbruch des Ersten Weltkrieg: «Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche». Es gibt also durchaus aktuelle Gründe für das Kapital und seine PolitikerInnen, von den Ursachen und Hintergründen des Ersten Weltkrieges abzulenken.

<sup>1</sup> <http://www.bravo.de/specials/bw/adventure-camps-2014-die-grosse-team-challenge-zu-gast-bei-der-luftwaffe-auf-sardinien>

<sup>2</sup> Stiftung Politik und Wissenschaft, «Über den Einsatz militärischer Gewalt ethisch reflektiert diskutieren», August 2014

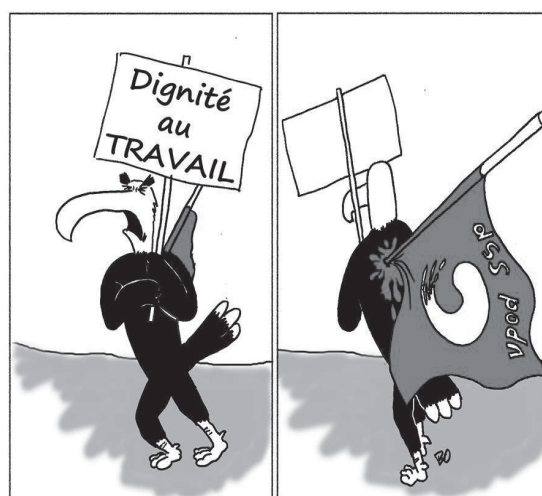
<sup>3</sup> Stiftung Politik und Wissenschaft, «Kiew in der Offensive», August 2014

## LICHT AUF

# VPOD-Führung verrät Streik beim Gate-Gourmet in Genf!

Diese Zeichnung (siehe Bild rechts), welche aus dem Umfeld der kämpferischen Gate-Gourmet-Angestellten in Genf stammt, symbolisiert sehr anschaulich was passieren kann, wenn ein Streik beginnt, der Gewerkschaftsführung zur Last zu fallen.

260 Tage hartnäckigen Streik hatten die Angestellten bei Gate-Gourmet am Genfer Flughafen hinter sich. Dann wurde der Kampf abrupt beendet. Hinter dem Rücken der Streikenden und der zuständigen Sekretäre der VPOD-Sektion Genf hat die Schweizer VPOD-Zentrale mit den Unternehmern einen Kompromiss ausgehandelt. Wobei mehr von einem Ausverkauf gewerkschaftlicher Werte zu reden wäre als von irgendeinem Ergebnis. So stellt Gate-Gourmet lediglich GAV-Verhandlungen in Aussicht, dafür hat die VPOD-Zentrale



die Entlassung von 13 Streikenden akzeptiert. Wie so oft entledigt sich die Gewerkschaftsführung ihrer kämpferischsten ArbeiterInnen, damit wieder sozialpartnerschaftliche Ruhe und Ordnung herrscht! Nach La Providence in Neuchatel und Spar in Dättwil wurde also bereits zum dritten Mal ein Streik auf skandalöse Art und Weise abgewürgt. Von einem existierendem Streikrecht zu sprechen, wäre somit nur noch lächerlich.

So fand im Juni dieses Bild den Weg nach Zürich: In Form eines grossen Plakates, mit Kleister geklebt an die Fassade der VPOD-Zentrale, und als Grussbotschaft an die kämpferischen ArbeiterInnen, welche bis zum Ende die Würde behielten.



# Die vergessenen ArbeiterInnen der Landwirtschaft

**LANDWIRTSCHAFT In regelmässigen Abständen wird in der Schweiz über das Leid der hiesigen Bauernhöfe und deren BesitzerInnen berichtet. Dass heute auch ein Heer von prekarierten Arbeitskräften aus dem Osten zu Tiefstlöhnen auf den Höfen schuftet, wird dabei häufig vergessen.**

(agkkzh) In der schweizerischen Landwirtschaft sind in den letzten Jahrzehnten drei verschiedene Tendenzen auszumachen. Einerseits ist seit Jahren ein rapider Rückgang der Anzahl Höfe und der in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen zu beobachten. Gleichzeitig aber verringerten sich die landwirtschaftliche Nutzfläche und der gesamte in diesem Sektor erwirtschaftete Wert nur minim. Was drittens dazu führt, dass eine Steigerung der durchschnittlichen Wertproduktion pro Betrieb auszumachen ist. Zusätzlich zeigt sich sowohl eine Erhöhung der durchschnittlichen Anzahl Beschäftigter pro Hof, als auch ein Zuwachs beim Anteil an Lohnabhängigen in der Landwirtschaft. So sind heute rund 30'000 familienfremde Mitglieder auf den schweizerischen Bauernhöfen angestellt. Eine Zahl, die im Gegensatz zur Gesamtarbeitszahl im Landwirtschaftssektor, seit Jahren steigt. Dabei nicht mitgezählt sind die unzähligen, oft nur für kurze Zeit angestellten zusätzlichen Erntehelfer. Der garantierte Stundenlohn solcher ArbeiterInnen liegt dabei, gemessen an einer 55 Stunden Woche, bei 13.40 Fr.- Damit zahlt die Landwirtschaft mit Abstand die tiefsten Löhne in der Schweiz. So erklären sich auch die zuvor genannten Tendenzen in der Agrarwesen. Denn dies bedeutet, dass die Steigerung der Wertschöpfung der einzelnen zu Kleinunternehmen mutierten Betrieben nicht etwa aus einer durch eine allfällige verbesserte Produktionsleistung stammt, sondern schlicht auf einer für Schweizer Verhältnisse schier unbekannt Ausbeutung der meist aus Osteuropa stammenden Arbeitskräften beruht.

## Proletarisierung und Klassenkampf von oben

Ähnlich wie in der Care Arbeit haben dabei die lohnabhängigen Angestellten mit speziellen Problemen zu kämpfen. Oftmals für nur wenige Monate in die Schweiz geholt, fehlt der Kontakt zu anderen ArbeiterInnen, die gewerkschaftliche Organisierung ist nur gering vorhanden, Gesamtarbeitsverträge sind in-existent und die soziale Kontrolle durch die jeweiligen Betriebsleiter ist hoch. Zudem sind die historischen Wurzeln der heutigen Situation tief in den Köpfen verankert. Noch immer haben die Angestellten mit dem Stigma des weitgehend rechtlosen Tagelöhners beziehungsweise des Knechtes und der Magd zu kämpfen. Dass sich die Situation in den letzten Jahren nicht verbessert hat und dass einzelne kantonale Regelungen noch immer frühkapitalistischen Verhältnissen gleichen – so empfiehlt der Kanton Glarus beispielsweise für Angestellte über 19 Jahren gerade mal 2-4 Wochen Ferien im Jahr, bei gleichzeitig zulässigen Wochen mit 66 Arbeitsstunden – liegt nicht nur an der fehlenden



**Auch in der Schweiz nicht unbekannt: ErntehelferInnen bei der Arbeit**

Organisierung von unten, sondern auch am Druck von oben. So haben der Bauernverband und das Parlament in den letzten Jahren regelmässig Versuche zur Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen unterbunden. Statt die ArbeiterInnen zu schützen, soll der Preisdruck durch den Markt weiterhin auf diese abgewälzt werden.

Dass dabei so häufig von den Problemen in der Landwirtschaft gesprochen, während über die prekären Arbeitsbedingungen auf den Höfen geschwiegen wird, hat auch mit der starken Lobby des Bauernverbandes in der herrschenden Politik zu tun. Alleine im 200 köpfigen Nationalrat sitzen 27 Bauernvertreter, welche das Vertrauen der Bauernverbände geniessen und deren Anliegen unterstützen. Zudem findet mit der zunehmenden Industrialisierung und Monopolisierungstendenz innerhalb der Landwirtschaft auch eine Annäherung an andere Industriezweige statt, beispielsweise mit der Nahrungsmittelindustrie oder dem Agrobusiness. Zudem die Bauern oftmals einer nationalistische Protektionspolitik unterstellt sind, welche diese weniger um deren Produktion, denn um deren erkorenes Kulturgut zu schützen vermag. Die Opfer einer solchen Politik sind die vergessenen lohnabhängigen Angestellten der Landwirtschaft.

## Perspektiven in der Landwirtschaft

Es soll dabei nicht verneint werden, dass auch unzählige der LandwirtInnen unter prekären Verhältnissen leben. Ebenso sehr muss aber festgestellt werden, dass sich diese nur allzu gerne von SVP-nahen Kreisen

unter die Räder spannen lassen und damit selbst eine Spaltung unter den Prekarisierten vorantreiben. Unlängst etwa nahm der schweizerische Bauernverband den Vorstoss des Bundesamts für Migration positiv zur Kenntnis, dass zukünftig, um den Bedingungen der SVP Masseneinwanderungsinitiative zu entsprechen, die Arbeitskräfte aus dem Osten durch ebenso günstige Asylsuchende ersetzt werden sollen. Einziger Einwand des Verbandes lag darin, dass dieser sich nicht sicher darüber ist, ob die Asylbewerber denn auch genügend „Willen“, «Konstitution» und «Kommunikationsfähigkeiten» mitbrächten, um die harte Arbeit auf dem Lande ausführen zu können und dass man die «gut eingespielte Zusammenarbeit» mit den SaisonarbeiterInnen nicht aufgeben möchte. Die rassistischen Stereotypen gepaart mit der Bejahung vorhandener Ausbeutungsverhältnisse zeigt nur allzu gut auf, in wessen Interesse der Bauernverband spricht. Dabei läge die Perspektive für eine fortschrittliche Landwirtschaft längst auf der Hand. Denn alleine der Kapitalismus ist dazu fähig, ein System zu entwickeln, in welchem die Produktivkraftentwicklung und die Proletarisierung nicht zur Verringerung der individuellen Arbeitszeit, sondern zum Abbau von Arbeitsplätzen führen. Rentabilität und Profit ist schlussendlich auch in der Landwirtschaft das einzige was zählt. Dabei liessen sich die heutige landwirtschaftlichen Produktionsstätten problemlos in ein System gemeinschaftlicher Betriebe überführen, in dem sowohl die Bedürfnisse der in der Landwirtschaft Produzierenden, der Natur und der von der Nahrung abhängigen Menschen berücksichtigt werden könnten.

## UNVERBREITETE NACHRICHTEN

In dieser Rubrik veröffentlichen wir Auszüge aus Erklärungen zu verschiedensten Aktionen. Aus Platzgründen können wir leider nicht alle Erklärungen veröffentlichen, von denen wir Kenntnis haben. Die ungekürzten Erklärungen sind auf [ch.indymedia.org/de](http://ch.indymedia.org/de) zu finden.

## Anschlag GEGEN COCA COLA HELLENIC in der Schweiz

Wir haben heute, 13.07.2014, den Sitz von Coca Cola Hellenic Bottling Company (HBC) an der Turmstrasse 30 in 6300 Zug mit einer Feuerwerk-Ladung angegriffen. Wir solidarisieren uns mit dem Kampf der Gefangenen in Griechenland gegen ein «Memorandum der Knäste» (Zitat Kostas Gournas - Revolutionärer Kampf - und Dimitris Koufoudinas - 17. November). Das Memorandum der Knäste reiht sich in verschiedene Schritte der völligen Neustrukturierung der griechischen Gesellschaft im Zuge der kapitalistischen Krisenbewältigung seit ca. 2008 ein. Dabei machten die Auflagen der Troika (IWF, EZB und EU-Kommission), die an die Kredite für Griechenland geknüpft waren, vor nichts halt. Gesundheitswesen, Sozialwesen, öffentliche Infrastruktur - alles in ihrem Sinne fit getrimmt, was Profit verspricht grösstenteils privatisiert oder an andere Länder verkauft (vor kurzem befanden sich Vertreter der chinesischen Regierung auf Shoppingtour in Griechenland, ihnen wurden unter anderem Flug- und Häfen präsentiert), Stellen gestrichen

und was nicht genügend rentierte, wurde kurzerhand ganz entsorgt.

So baute die Troika gemeinsam mit der griechischen Bourgeoisie die griechische Gesellschaft um und versucht das Land so hinzukriegen, dass es sich wieder blendend in den kapitalistischen Produktionsprozess einfügen lässt. Nun macht diese Umstrukturierung der Gesellschaft auch vor den Knästen nicht halt, auch hier soll es eine Anpassung an europäische Normen - sprich eine Verschlechterung der Situation der Gefangenen - geben. Nachdem die griechische Regierung unter dem Druck der US-Regierung nach 9/11 und vor den Olympischen Spielen in Athen als Beispiel für ihr Durchgreifen die Zerschlagung des Revolutionären Kampfes vorweisen konnte, sieht ihre Zwischenbilanz in der mittlerweile wieder schlechter aus: Der bewaffnete Kampf wurde fortgeführt (vom Revolutionären Kampf, aber auch von anderen Gruppen) und Militante, denen der Prozess gemacht wurde oder die im Knast waren, tauchten in die Illegalität ab, um sich dann mit neuen Aktionen wieder zurückzumelden.

So nahm die griechische Regierung (wohl wiederum unter internationalem Druck) ein Projekt wieder hervor, dass vor rund 12 Jahren am damaligen Widerstand gescheitert war: Die Reform des Knastwesens zur Angleichung an den europäischen «Standard». Eckpunkte darin: Die Isolation politischer Gefangener und solcher, die sich gegen Knastmissstände wehren, das Streichen von Hafturlauben und Besuchen, die Überschreibung der Kompetenz in Sachen Entlassungen usw. an Knastchefs, der erlaubte Einsatz von Spezialeinheiten der Polizei in den Knästen... Es

gibt eine reichhaltige Dokumentation zu den Konsequenzen dieser Reform auf den einschlägigen Internetseiten.

Wir solidarisieren uns mit dem Kampf der Gefangenen in Griechenland gegen diese Reform. Über 4000 Gefangenen haben mit der temporären Verweigerung des Knastessens einen Kampfzyklus eröffnet und rufen dazu auf, sich an diesem mit verschiedensten Mitteln zu beteiligen. Wir haben die Coca Cola HBC ausgewählt, weil sie für die Schlitzzohrigkeit von Teilen der griechischen Bourgeoisie (hier: die Leventis-Familie) steht, die aus Furcht vor steigenden Steuern (im Zuge der Reformen auf Druck der Troika) die Flucht in die Steueroase Zug vollzog (andere Geschichten griechischer Kapitalflucht betreffen auch die 200 Milliarden Euro aus Griechenland auf Schweizer Konten oder die Flucht von Farge - grösstes Unternehmen in der Milchindustrie Griechenlands - nach Luxemburg). So siedelte sich also die ursprünglich grösste Firma an der Börse Athens neu in Zug an. Nicht genug der Dreistigkeit: Aus Protest gegen die Revision des Kartellgesetzes in der Schweiz überlegt sich Coca Cola HBC die Produktion in Brüttsellen (ZH) einzustellen - 900 Arbeitsplätze würden gestrichen werden.

Genug Grund also, ihnen einen unserer Besuche abzustatten und sie daran zu erinnern, dass es auch hier kein ruhiges Hinterland für sie gibt. Die beste Form revolutionärer internationaler Solidarität ist den gemeinsamen Feind, das internationale Kapital, im eigenen Land anzugreifen .

## Für eine revolutionäre Perspektive



# Pensionsalter 60 im Bau verteidigen

**ARBEITSKAMPF Die Tessiner Granit-Unternehmer wollen aus dem Landesmantelvertrag der Bauindustrie raus. Dagegen kämpfen die Granit-Arbeiter.**

(az) Im Tessin wird Granit abgebaut. Die Arbeit im Steinbruch ist hart, im Sommer ist man der Sonne schutzlos ausgesetzt, im Winter der Kälte. Man bekommt dabei nicht bloss klamme Finger, sondern friert am ganzen Körper. Denn ob es regnet oder schneit, nass ist man ohnehin. Der Stein muss geschnitten werden, was Staub produziert und gesundheitschädlich ist. Damit die Arbeiter nicht zu viel Staub einatmen, wird Wasser eingesetzt, dennoch bleibt das Risiko einer Erkrankung der Lungen überdurchschnittlich hoch. Und das Wasser hat logischerweise oben genannten Nachteil, dass man immer nass ist. Das heisst, es ist eine körperlich ausgesprochen harte, abnutzende Arbeit, die fast ausschliesslich von jungen, ausländischen Arbeitskräften erledigt wird.

Schon vor gut 100 Jahren gab es Arbeitskämpfe in dieser Branche und damals wurde ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) erkämpft, später wurde der Landesmantelvertrag (LMV) der Bauindustrie durchgesetzt, wobei der branchenspezifische GAV daneben weiter besteht. In den letzten Jahren gab es nur wenige Auseinandersetzungen, doch die gewerkschaftliche Organisation ist, wie in der Bauindustrie üblich, hoch. Etwa die Hälfte der Arbeiter ist bei der UNiA organisiert, die andere Hälfte bei der christlichen OCST.

Der Granit-Unternehmerverband AIGT findet, der LMV (Frührentierung ab 60, Mindestlöhnen, 5 Wochen Ferien, einem Krankentaggeld von 90% des Lohnes im Krankheitsfall und 5-Tage-Woche) sei eine Zumutung. Er ist die Bundesbehörde Seco mit der Bitte angegangen, die Granit-Industrie aus der Baubranche rauszunehmen, was vom Seco abgelehnt wurde. Das mittelfristige Ziel des AIGT ist deshalb der Austritt aus dem LMV per 2015, wenn dieser neu ausgehandelt werden wird.



Private Sicherheitskräfte am Granitstreik

## Unternehmer alter Schule

Die Unternehmer der Granit-Industrie sind wenig modern, sie scheinen ernsthaft zu glauben, sie seien das Gesetz. Den aktuellen Konflikt hat der branchenspezifische GAV im Jahre 2011 ausgelöst. Damals wurde eine jährliche Lohnerhöhung von CHF 50.- gefordert, der AIGT liess die Verhandlungen platzen und weigert sich, den GAV zu unterschreiben. Faktisch trötelt er, denn den wichtigeren LMV müssen die Betriebe per Gesetz anwenden. Bewirkt hat der AIGT damit aber, dass seither regelmässig gut besuchte Treffen der Arbeiter stattfinden. 2012 verfassten 85% der Granit-Arbeiter eine Petition, in welcher sie die Rückkehr zu Verhandlungen forderten. Die AIGT antwortete nicht einmal darauf. Die Wut und der Wille zu kämpfen wuchsen merklich, doch war wenig Kampferfahrung da und eine erschwerte Ausgangslage. Die meisten der ca. 30 Betriebe der Tessiner Granitindustrie sind sehr klein, der Kontakt zum Chef ist direkt, das Klima familiär. Die Kleinstbetriebe drängen im AIGT auf Einhaltung des Vertragswerks, können sich aber gegen die Grossbetriebe nicht durchsetzen. Das erschwert den Arbeitskampf, denn viele der gesamthaft 300 Granit-Arbeiter sind im Zwist. Während sie den eigenen Chef schätzen, müssen sie doch gegen die Politik des AIGT kämpfen. Man bemühte sich deshalb um milde Kampf-formen.

So baten die Gewerkschaften im Dezember 2013

den Kanton, als Mediator aufzutreten, was dieser ablehnte, da der Konflikt zu wenig akut sei. Um das zu widerlegen, wurde im April 2014 über einen Streik abgestimmt. 78% stimmten dafür. Das Streiken selber erwies sich jedoch als schwierig. Einige Unternehmer stellten private Sicherheitsdienste ein, um die Leute zur Arbeit zu nötigen. Andere haben die Arbeiter mitten in der Nacht in den Betrieb bestellt und dann nicht mehr raus gelassen. In Kleinstbetrieben kamen die Chefs raus und nahmen «ihre» Arbeiter an der Hand und führten sie väterlich zum Steinbruch. In den grösseren Betrieben wurde hingegen offen mit Entlassung gedroht. Ein Unternehmen hat sogar in einem Brief mit Strafanzeigen und Schadenersatzforderungen gedroht. Dennoch hat ein Drittel der Arbeiter gestreikt, was unter diesen Bedingungen als Erfolg gewertet werden muss und das Streikziel wurde insofern erreicht, als dass der Kanton nun den Konflikt als akut genug empfindet, um als Mediator aufzutreten. Die Mediation wird demnächst stattfinden, es stellt sich natürlich die Frage, was man sich davon versprechen soll. Gewiss ist nur: Die Arbeiter der Granit-Branche haben die Nase gestrichen voll und sie werden sich nicht mehr so einfach hinhalten lassen. Sollte das Resultat der Mediation unbefriedigend sein, steht der nächste Streik an. Und er sollte alle interessieren, insbesondere die Bauarbeiter. Die Granit-Arbeiter kämpfen faktisch gegen die Aushöhlung des LMV und dessen Erneuerung steht, wie gesagt, 2015 an.

# Schlag auf Schlag gegen die Gesundheit

**SOZIALABBAU Die Angriffe auf das Gesundheitswesen reissen nicht ab. Diesmal sind es die beiden Zürcher Stadtspitäler Triemli und Waid, welche privatisiert werden sollen.**

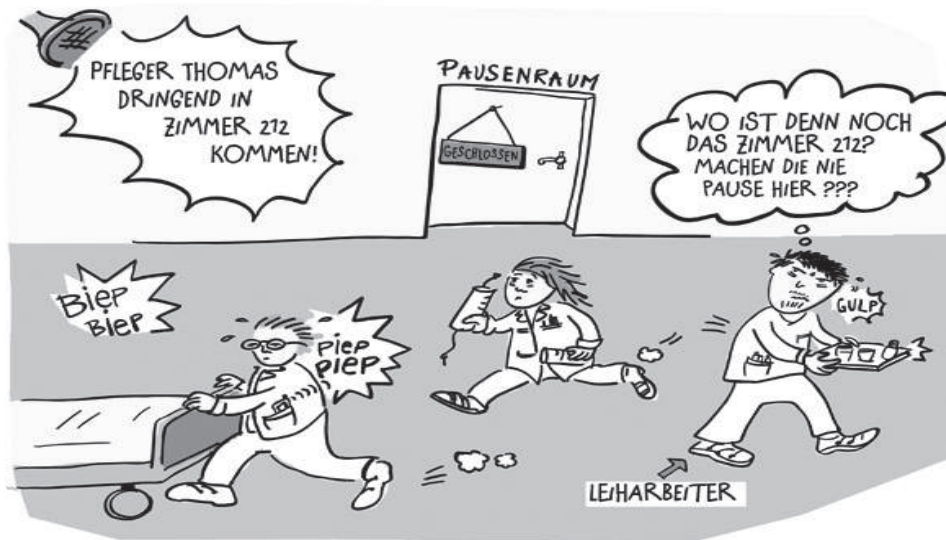
(az) Geht es um den Abbau von sozialen Rechten im Spitalbereich, gibt es zum einen die Salamiattik: Scheibchenweise werden Berechtigungen von PatientInnen und Angestellten ausgehöhlt. Oder es gibt das Rollkommando, wenn Management, Regierung und ParlamentarierInnen Profite Schlag auf Schlag die Gesundheit der Profitlogik unterwerfen wollen. Im Kanton Zürich herrscht zurzeit beides.

Gerade erst in aufbau 76 (März 2014) haben wir in einem Grundsatzartikel dargelegt, dass das krisengeschüttelte Kapital die Gesundheitsbranche als Wachstumsmarkt neu entdeckt und darum die Rahmenbedingungen so geändert werden, dass richtig Profit abgesahnt werden kann. Mit den sogenannten Fallpauschalen wurden die entscheidenden Weichen gestellt, um den Weg zur Privatisierung frei zu räumen. Als aktuellstes Beispiel nannten wir das Kantonsspital Winterthur, welches 2007 in eine sogenannt öffentlich rechtliche Anstalt umgewandelt wurde und jetzt soll es ganz privatisiert werden, d.h. rund 66% der Aktien sollen an private Investoren verkauft werden.

## Wie in Winterthur, so in Zürich

Und nun folgt das gleiche Spielchen in Zürich: Im Februar 2014 reichten die FDP und die CVP eine Motion im Gemeinderat ein und fordern darin die sogenannte Ausgliederung der Stadtspitäler Triemli und Waid! Gleichzeitig reicht die CVP im Kantonsrat ein Postulat mit dem ähnlichen Vorhaben ein. Die FDP sagt ziemlich unverblümt: «Die beste Rechtsform ist eine AG» und verweist explizit auf die Vorgänge beim Kantonsspital Winterthur als positives Vorbild. Zusätzlich reden die PolitikerInnen von «erheblichen finanziellen Einsparungen» und einer Reduktion des «Budgetrisikos» für die Stadt Zürich. Auf gut deutsch heisst das: den Sozialstaat wegsparen und die rentablen Teile an private Unternehmen verkaufen!

Die CVP redet beschönigend von einer «besseren



Stressiger Alltag in den Spitälern

und engeren Zusammenarbeit» zwischen Unispital, Triemli und Waid. Und prompt stimmen alle PolitikerInnen von SP, Grüne bis SVP in den Jubelchor ein und begrüssen das Vorhaben. Die einen preisen den Vorstoss als das «einzig richtige», die anderen gehen sogar noch weiter: So denkt der SPV-Politiker Harderer laut über eine Fusion von Spital Hirslanden, Unispital und Triemli nach – natürlich als privates Spital.

Bei den Spital-Angestellten tönt es weniger euphorisch. So zweifelt eine Pflegefachfrau, die in einem der Stadtspitäler arbeitet, ob es den PolitikerInnen auch wirklich um Zusammenarbeit geht: «Auf der Ebene der einzelnen Kliniken wird zwischen Waid und Triemli sowieso schon gut zusammengearbeitet, mit dem Uni auch, da ist es klar, wer welche Kompetenzen hat und es wird vor allem darauf geachtet, was für die PatientInnen das Beste ist. Damit ist der eine Teil der Motion, der eine bessere Zusammenarbeit verlangt, eigentlich schon erfüllt. So zeigt sich, dass die Personen, welche die Motion lancierten, keine Ahnung haben, wie die Spitäler in der Stadt miteinander funktionieren.» Da hat sie wohl Recht, es geht sicher auch um etwas anderes, nur lässt sich Zusammenarbeit bedeutend besser verkaufen als Privatisierung.

## Die erste Hürde geschafft

Und so stimmt der Kantonsrat im Juni 2014 mit grosser Mehrheit dem Postulat zu, welches eine bessere Zusammenarbeit unter den drei Spitälern fordert. Was eine solche Privatisierung für die Angestellten und PatientInnen heisst, weiss die Kollegin, mit der wir gesprochen haben, nur zu gut: «Wenn Gesundheit zur vermarktaren Ware wird, geht es nicht mehr um Menschen, die krank und deshalb auf medizinische Hilfe angewiesen sind, sondern es geht um Vermarktung von Leistungen zur Erzielung von Profit. Das heisst, es wird angeboten und verkauft, was sich finanziell auszahlt. Bezahlt die Krankenkasse mehr für eine Operation als für Physiotherapie, dann wird ein Hüftgelenk eher ersetzt werden, egal ob es für die Patientin das Beste ist. Für die Angestellten wird es natürlich heissen, mehr Leistung zu bringen zu schlechteren, im Falle einer Privatisierung dann vermutlich auch prekäreren Bedingungen.»

Wir können nur hoffen, dass noch viele andere auch so denken und dass sich ein entschlossener Widerstand formiert, der fähig ist, diese schöneredeten Pläne zu entlarven als das, was sie wirklich sind: Ein Angriff der herrschenden Klasse auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der proletarischen Mehrheit.



**Fortsetzung von Seite 1**

Dazu kamen Ziele und Methoden, den Übergang zum Kapitalismus unter dem Deckmäntelchen Demokratie und Menschenrechte zu unterstützen, was den Interessen der neuen herrschenden Klassen keineswegs zuwider lief. Die 57 Teilnehmerstaaten umfassen neben den Nato- und EU-Staaten als Gegengewicht auch Russland und seine Einflussphäre. Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Israel, Jordanien, Afghanistan, Thailand, Südkorea, Japan und Australien fungieren als Kooperationspartner. Deshalb ist es zu einfach, die OSZE pauschal als «NATO im Schafspelz» zu bezeichnen, obschon NATO- und EU-Staaten ihre Interessen auch in diesem Rahmen wirksamer durchsetzen können als z.B. Russland.

**Kapitalistischer Staatsaufbau**

Die Aktivitäten der OSZE gliedern sich in drei Themenbereiche oder «Dimensionen», die auf die drei «Körbe» der Schlussakte von Helsinki zurückgehen. In allen Bereichen sind es durchaus handfeste Fakten, bei denen die OSZE ihre Aktivitäten entfaltet:

1. In der politisch-militärischen Dimension geht es neben sogenannten vertrauensbildenden sicherheitspolitischen Massnahmen um Kampf gegen illegalen Handel von leichten Waffen, Projekten zur Vernichtung und sicheren Lagerung konventioneller Waffen, sogenanntes Grenz-Management, d.h. Eindämmung und Lenkung von Migrationsbewegungen und um «Terrorismusbekämpfung». Im Klartext geht es um den kapitalistischen Staatsaufbau in den postsozialistischen Ländern. Durch das Auffliegen der OSZE-Spionagemission in der Ostukraine im vergangenen April ist die «inoffizielle» militärische Dimension sichtbar geworden. War dies nur die Spitze des Eisbergs?

2. In der Wirtschafts- und Umweltdimension geht es um die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, von Investitionen sowie um Umweltschutz.

3. In der Menschenrechts-Dimension geht es um die Bekämpfung von Menschenhandel oder um Wahlbeobachtungen.

**Organisationsstruktur**

Die vertikale Organisation von oben nach unten ist durch eine zunehmende Dichte der Treffen gekennzeichnet:

Treffen in mehrjährigem Abstand:  
Das letzte Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs ist 2010 ergebnislos gescheitert.

**Jährliche Treffen:**

Ministerrat: Jährliches Treffen der Aussenminister im Land des Vorsitzes; Sicherheitsüberprüfungskonferenz; Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension; Parlamentarische Versammlung in Kopenhagen; Wirtschaftsforum in Prag.

**Treffen mindestens wöchentlich:**

Wichtigstes Gremium ist der Ständige Rat: Tagung der DelegationsleiterInnen der Teilnehmerstaaten in Wien. Ebenso häufig tagt das Forum für Sicherheitskooperation (kann Beschlüsse im militärisch-politischen Bereich fassen).

**Ständige Institutionen** sind z.B. das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte, der Beauftragte für die Freiheit der Medien und der hohe Kommissar für nationale Minderheiten, ferner 18 Feldmissionen in 16 Staaten.

Die OSZE hat explizit **nicht** den Charakter einer Internationalen Organisation wie die UNO, referiert aber regelmässig im Sicherheitsrat.

**Komplexe Organisationsform**

Die Organisation ist schwer durchschaubar (s. Kästen). Das hat den Vorteil, dass der schwachen formalen Macht die Kraft vielfältigster Initiativen auf regionaler und Staatenebene entgegengesetzt werden, was informelle Machtstrukturen schafft, die nicht zu unterschätzen sind. Eine Art «weiche Diplomatie» reagiert auf die vielfältigen «Frühwarnsysteme», das sind Markenzeichen der OSZE.

Scharnierpunkt der Organisation ist der jährlich wechselnde Vorsitz durch den Aussenminister oder die Aussenministerin eines Staates, zur Zeit Didier Burkhalter aus der Schweiz. Zusammen mit dem vor- und den nächstjährigen Vorsitzenden bildet er die OSZE-Troika. Ihnen untersteht ein Generalsekretär (z. Zt. Lamberto Zannier, Italien).

**Antikommunismus verbindet**

Es fragt sich zwar, wie weit die parlamentarische



OSZE-Dienstfahrzeug in Sarajewo: MB steht für Bosnien-Herzegowina

Versammlung für die Gesamtpolitik der OSZE repräsentativ ist, aber was von ihr am 3.Juli 2009 mit dem Titel «Geteiltes Europa wiedervereint» verabschiedet wurde, spricht Bände: Unter dem Banner des «Kampfes gegen den Totalitarismus» werden «Nazismus» und «Stalinismus» in bekannter Manier auf eine Stufe gestellt: «(...) feststellend, dass europäische Länder im zwanzigsten Jahrhundert zwei massive totalitäre Regime – den Nationalsozialismus und den Stalinismus – erlebt haben, die von Völkermord, Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begleitet waren. (...)»

Dagegen müsse mit vereinten Kräften aufgestanden werden, unabhängig davon, welche ideologische Richtung im Hintergrund stehen. Das schliesst entsprechende Demonstrationen und Organisationen ein.



Der deutsche Oberst Axel Schneider, Leiter der am 24. April gekidnappten OSZE-Spionagemission zurück in Berlin.

Bei Wahlbeobachtungen zeigen sich die antikommunistischen Machenschaften besonders deutlich: Prof. Dr. Peter Bachmaier, Osteuropa-Historiker in Wien, war von der OSZE als Beobachter der Parlamentswahl in Belarus eingesetzt. Er schreibt (jw 09.03.2012): «Soweit ich es beurteilen kann, ist alles völlig korrekt verlaufen. (...) Wir hatten uns u. a. davon überzeugt, dass alle Urnen versiegelt und nicht nur die Auszählung, sondern der ganze Ablauf korrekt war. (...) Ich habe mit vielen gesprochen, es hat mir aber keiner einen Beweis für Manipulationen zeigen können. Als zwei Tage nach der Wahl in Minsk eine Nachbesprechung stattfand, verkündete der deutsche Leiter der OSZE-Gruppe, die Wahl sei manipuliert worden. Ich meldete mich zu Wort und sagte: «Das widerspricht aber dem, was wir selbst gesehen haben, es widerspricht auch dem, was ich von Kollegen gehört habe. Wenn Sie zu einem anderen Ergebnis kommen, muss ich annehmen, dass Sie politische Gründe dafür haben.» Er fragte in den Saal hinein, wer auch dieser Meinung sei – darauf hoben sich drei, vier Hände, viele andere drehten sich in die andere Richtung und taten, als hätten sie es überhört. Damit war meine Frage vom Tisch. Hinterher kamen etliche Kollegen zu mir und gratulierten mir zu meiner Wortmeldung.»

Reinhard Lauterbach, heute Ukraineberichterstat- ter der Jungen Welt, in einem Leserbrief vom 15.03.2012:

«Als 1999 Präsident Kutschma wiedergewählt wurde, geschah das dank massiver Wahlfälschungen (...). Trotzdem bescheinigte die deutsche Botschaft in Kiew, dass die Wahl sauber gewesen sei. Auf meine Frage, wie sie denn so etwas angesichts der massiven Fälschungsvorwürfe behaupten könnten, fragte ein Botschaftsbeamter zurück: Ja, ich weiss, aber die Alternative wäre ein Sieg der Kommunisten gewesen – wollen Sie das etwa?» Der Autor bezeichnet die OSZE darin als «Organisation für Schwindel und Zersetzung in Europa». Zersetzt werden auch insbesondere die Überreste sozialistischer Errungenschaften in Europa.

**Die Rolle der Schweiz**

Die Schweizer Diplomatie wird stark von der Import- und Exportabhängigkeit (Kapital und Waren) des Landes bestimmt. Es geht darum, sich innerhalb der interimperialistischen Widersprüche mit den wichtigsten Ländern möglichst gut zu stellen. Die Neutralitätspolitik und die Politik der «Guten Dienste» sind Markenzeichen dafür. Die diesjährige Präsidentschaft mit der speziellen Aktivität von Burkhalter eignet sich natürlich als Plattform, diese Politik zu propagieren und zu legitimieren.

Wie stark sich die Schweiz engagiert, zeigt das Beispiel der *Feldmission in Tadschikistan*. Sie ist eine der grössten und wird seit Juli 2013 vom Schweizer Botschafter Markus Müller geleitet. Von 2010 bis 2013 war er Chef der OSZE Community Security Initiative im südlichen Kirgistan, 2003-2008 leitete er das OSZE-Zentrum in Bischkek, der Hauptstadt von Kirgistan. Er hatte Posten in den Schweizer Botschaften in Angola, Äthiopien, Eritrea, Bangladesch und Afghanistan – offensichtlich ein Mann fürs Grobe. Das Personal besteht aus 28 «Internationalen» und 132 «Lokalen». Das Budget 2013 betrug 6,718,200€.

Das Mandat besteht nach eigenen Angaben in «Hilfe für Tadschikistan in seinen Anstrengungen, Probleme und Bedrohungen der Sicherheit zu bewältigen, Konflikten vorzubeugen und bei der Krisenbewältigung in den Bereichen politische Linie, Grenz-Management und Bekämpfung des illegalen Handels zu arbeiten. Andere Aufgaben (sie gehören in die Wirtschafts- und Umweltdimension, s. oben) umfassen die Verbesserung von Geschäftskontakten; die Entwicklung von Energie, Transport, Investitionen und wissenschaftlicher und technischer Austausch; Umweltschutz; «good governance»; und die Entwicklung eines gesetzlichen Rahmens und von demokratischen politischen Institutionen und Prozessen einschliesslich der Respektierung von Menschenrechten.» Das umfasst offensichtlich den ganzen postsozialistischen Staatsaufbau.

Das Beispiel illustriert das hohe Engagement der Schweiz in den postsozialistischen Ländern Zentralasiens. Diese bilden zusammen mit der Schweiz eine Stimmrechtsgruppe innerhalb des IWF. Die damalige Initiative von Bundesrat Otto Stich ist zu Unrecht belächelt worden. Das Engagement der Schweiz steht im Einklang mit der hohen strategischen Bewertung dieses Raums durch Brzezinski.





Das Gebäude der Messe Basel, dahinter der Messeturm. Unten links ist das Kongresszentrum.

## Basel – Stadt der Gipfeltreffen

**STADTENTWICKLUNG In den letzten Jahren hat sich Basel stark verändert. Die Gentrifizierung hat fast alle Quartiere der Stadt erreicht. Die Regierung will die Region zugunsten grosser Konzerne, Banken und internationalen Organisationen umformen.**

(agkkbs) Bereits vor rund 120 Jahren konnte sich Basel als Treffpunkt für grosse internationale Organisationen etablieren. 1897 fand der erste Zionistenkongress in Basel statt, 1912 folgte der internationale Sozialistenkongress, in welchem wichtige VertreterInnen der noch nicht gespaltenen Sozialdemokratie über den möglichen Ausbruch des ersten Weltkrieges diskutierten (Siehe aufbau Nr. 70). Kurz darauf, so scheint es, hat auch die Privatwirtschaft die Rheinstadt ins Visier genommen. Die erste Mustermesse fand im Jahr 1917 statt, bereits neun Jahre später wurde die erste Messehalle gebaut. Bis heute konnte sich Basel zu einer weltbekanntesten Messestadt entwickeln, wo in zahlreichen Branchen jedes Jahr Milliarden umgesetzt werden, z.B. die Baselworld, vormals Uhren- und Schmuckmesse, die als Subgruppe der Mustermesse Basel entstanden ist. 1930 gründeten auch noch einige Repräsentanten der Börse und der internationalen Finanzhändler die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel. Dies nicht weil sie, wie sie selbst behaupteten, deutsche Kriegsreparationszahlungen verwalten wollten, sondern mit dem Zweck, im Herzen Europas eine Organisation aufzubauen, die einzig und allein die Interessen des Kapitals vertritt.

Auch die beiden grössten Pharmakonzerne der Schweiz, Novartis und Roche, haben ihren Hauptsitz in Basel, sowie die schweizerische Bankiervereinigung. Dass diese Organisationen und Firmen die Stadtentwicklung sehr stark beeinflussen, ist auf den ersten Blick sichtbar. Die Skyline von Basel wird von eben diesen Gruppierungen und deren Bauwerken geprägt. Der Novartis Campus, der Messeturm, der BIZ-Turm am Bahnhof und vor allem der Rocheturm dominieren das Stadtbild. Auch die Infrastruktur wird nach den Vorgaben der Privatwirtschaft geplant. So wird eher eine Strasse gebaut, die die Autobahn mit dem Novartis Campus verbindet, als dass der öffentliche Verkehr ausgebaut wird. Und wenn es Novartis will, wird auch mal ein Grenzübergang nach Frankreich geschlossen und das Gelände privatisiert. Schöne alte Gebäude mit bezahlbaren Wohnungen werden abgerissen und durch teure Stahl- und Glaskästen ersetzt. Die Basler Regierung setzt alles daran, z.B. mit Steuererleichterungen, VertreterInnen des internationalen Kapitals in die Stadt zu locken.

### Kein Platz für grosse Teile der Bevölkerung

Diese Veränderungen in der Stadtentwicklung führen zu einer Verdrängung der ArbeiterInnenklasse in der ganzen Stadt. Ganze Quartiere werden umgebaut, die Mietpreise explodieren. Die vielen Proteste in den letzten Jahren konnten diese Entwicklung nicht aufhalten. Besetzte Häuser und alternative Kunstszene werden immer weniger toleriert. Die neuste Debatte um autonome Wohnorte und Kunststätten rund um den Wagenplatz am Rheinhafen lässt nicht auf eine Umkehr dieses Trends schliessen. Der Brand der Villa Rosenau, des letzten autonomen Projektes dieser Art in Basel, machte die Stadt zu einem Raum frei von «gesetzlosen

Räumen», wie bürgerliche KommentatorInnen besetzte Liegenschaften oder andere Projekte abseits der kapitalistischen Profitmaximierungs-Logik nennen. Ebenfalls wurden aus eben diesen Gründen viele neue PolizistInnen eingestellt und die Polizeipräsenz wurde stark erhöht. Obdachlose verschwanden zusehends aus der Innenstadt, Bettler wurden immer mehr Opfer von Repression und sogar gegen StrassenmusikerInnen wurde ein neues Gesetz entworfen, das das Spielen von Musik im öffentlichen Raum stark einschränkt. Für das nächste Megaprojekt in Basel, der OSZE-Ministerkonferenz, werden etwa 5000 SoldatInnen, 1000 GrenzwächterInnen und etliche PolizistInnen im Dienst sein, um die rund 1200 Delegierten aus 57 Staaten zu bewachen.

### OSZE-Ministerkonferenz in Basel

Die Entwicklung der Stadt in den letzten 120 Jahren ebnet den Weg für weitere Treffen und Anlässe. Im Dezember dieses Jahres tagt die Ministerkonferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Kongresszentrum, das unmittelbar neben dem Messengelände im Zuge der Umgestaltung des Quartiers gebaut wurde. «Das wird der grösste politische Anlass, den Basel je gesehen hat», schwärmt der Grüne Stadtpräsident Guy Morin in einem Interview der Tageswoche. «Damit wollen wir Basel als Kongressstandort von internationalem Format positionieren.» Sowohl Morin als auch Martin Roth vom Justiz- und Sicherheitsdepartement vergleichen den Anlass mit dem zweiten Zionistenkongress in Basel im Jahr 1997. Das Sicherheitsaufgebot wird ähnlich gross sein wie damals oder an der Fussball-Europameisterschaft, die 2008 auch in Basel stattfand, und wird ein fast zwei Millionen Franken grosses Loch in die Stadtkasse reissen. Es ist klar, dass die Regierung in Basel die Stadt zu einer internationalen Konferenzstadt formen will. Das bedeutet, dass der Raum so geschaffen und gestaltet werden soll, dass er die Reichsten und Mächtigsten anzieht. Urbaner Lebensraum soll unserer Ansicht nach aber den Interessen und der vielfältigen Verwirklichung ihrer BewohnerInnen dienen. Im Sinne einer solchen Aneignung der Stadt sehen wir den Widerstand gegen die OSZE-Konferenz im Dezember.



### KOMMENTAR

## Schöne Worte, nichts dahinter

Wenn die Schweiz den OSZE-Vorsitz unter dem Leitmotiv «Eine Sicherheitsgemeinschaft im Dienste der Menschen schaffen» antritt, so sind das schöne Worte. Wenn wir allerdings etwas hinter die Fassade schauen, dann zeigt sich sehr bald das wahre Gesicht: Die OSZE ist an der europäischen Grenzschutzorganisation Frontex beteiligt, die die Sicherheit Europas vor unerwünschten (lies: unprofitablen) MigrantInnen garantieren soll, auch wenn dadurch jährlich tausende Menschen auf dem Mittelmeer ertrinken, sich in die Hände von unmenschlich agierenden Schlepperorganisationen begeben oder einfach durch die Verunmöglichung der Migration in äusserst schwierigen Lebensumständen gefangen bleiben.

Die Heuchelei der Mitgliedernationen zeigt sich auch in anderen Bereichen: Die zehn grössten Waffenexporteure der Welt sind mit Ausnahme von China OSZE-Mitglieder. Ein Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen verbietet den Verkauf solcher an andere Staaten unter anderem dann, wenn das Empfängerland die Menschenrechte nicht achtet oder wenn zu befürchten ist, dass die Waffen an solche Staaten weitergeleitet werden. Dass diese Vorgaben nicht eingehalten werden, kann bereits am Beispiel der kleinen Schweiz beobachtet werden: Schweizer Munition wurde über Katar – selbst nicht gerade bekannt für die Achtung der Menschenrechtskonventionen – nach Libyen geliefert, an die Arabische Emirate gelieferte Ruag-Handgranaten werden von der Freien Syrischen Armee im Bürgerkrieg verwendet.

Doch die OSZE-Mitgliedsstaaten halten sich nicht nur selbst nicht an ihre gut klingende Fassade, sondern nutzen die OSZE selbst als imperialistisches Instrument. Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts schrumpfte die Wichtigkeit der OSZE, viele osteuropäische Staaten suchten in der EU und bei der NATO Unterschlupf. Dies hat das Kräfteverhältnis innerhalb der OSZE klar zugunsten der westlichen imperialistischen Staaten verschoben. Vor allem die USA und ihre Verbündeten benutzten die OSZE, um durch «Demokratisierung» nach westlichem Vorbild gegen den verbleibenden Einfluss Russlands in Osteuropa anzukämpfen. Dies ging so weit, dass sich die russische OSZE-Vertretung im Jahr 2000 gegen die westliche Bevormundung beschwerte, und die russische Regierung 2007 den Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa sistierte. Dies, nachdem sie der US-Einflussgruppe innerhalb der OSZE vorgeworfen hatte, sie verwandle die Organisation in ein vulgäres Instrument zur Durchsetzung westlicher Interessen gegenüber anderen Mitgliedsstaaten.

Dass die OSZE im Moment wieder in aller Munde ist, ist sicher nicht nur dem Schweizer Vorsitz geschuldet. Vor allem die Beobachtungsmission im Konflikt in der Ukraine steht im Zentrum der Medienaufmerksamkeit, wiederum ein Kampf um Einfluss zwischen westlichen Staaten und Russland. Auch hier ist die Rolle der OSZE-Mission eher gegen die Interessen Russlands gerichtet. Bei der durch Separatisten gefangen genommenen «OSZE-Mission» stellte sich heraus, dass diese gar nicht von der OSZE abgesegnet wurde, also eine westliche Spionagemission unter OSZE-Deckmantel war. Die OSZE merkte zwar an, dass dies keine offizielle Mission war, allerdings erstaunlich leise. In wessen Interesse dies wohl liegt? (rabs)



# «Schwachstelle im kapitalistischen System»

**JAPAN Kein Monat vergeht, ohne dass neue Kriegsfronten eröffnet werden. Auch die japanische Regierung schreitet zu einer militärisch offensiven imperialistischen Macht.**

(az) Nach dem Zusammenbruch der revisionistischen Staaten hatten bürgerliche IdeologInnen noch das «Ende der Geschichte» gefeiert. Heute stehen aus diese offenkundig vor dem Ende ebendieser Illusion, es gäbe irgendeine kapitalistische Entwicklung ohne die Tendenz zur Zunahme von Ausbeutung und Krieg. Und so schwingt sich auch der kränkelnde japanische Imperialismus wieder zu einer Militärmacht empor. Während es die Sozialdemokratie und die Grünen waren, welche das deutsche Kapital nach 1945 erstmals wieder in militärischer Hinsicht emanzipierten, ist es heute eine Koalition von LiberaldemokratInnen und von PazifistInnen, die dem japanischen Imperialismus zur Kriegsmacht verhelfen. Und analog zur deutschen «Verteidigung unserer Interessen am Hindukusch» argumentiert auch der Premierminister Shinzo Abe, es gehe mit seiner im Juli durchgesetzten Verfassungsreform um «kollektive Selbstverteidigung.»

Doch Militarisierung und Angriffe auf die Lebensbedingungen geben dem Proletariat auch immer die Chance, den Spiess umzudrehen. Abes Pläne entfachten in Japan eine Protestwelle, welche sich offensiver und grösser als gewohnt zeigte. Mit dabei war die militante EisenbahnerInnen-Gewerkschaft Doro Chiba, von der schon im aufbau 76 ein internationalistischer berliner Eisenbahnerkollege berichtete. Konkrete internationale Solidarität und Vernetzung als Waffe gegen den Imperialismus zu nutzen ist auch unser Anliegen. Zwar bestehen zur Doro Chiba auch ideologische Widersprüche – insbesondere zur Definition und Analyse des Revisionismus –, so finden sich in der Praxis Gemeinsamkeiten. Anders als ähnliche Organisationen orientiert sich deren Praxis am Gedanken des «Danketsu» – der Solidarität und Einheit. Ein Prinzip, das unserem Anspruch nach strömungsübergreifender und vor allem praktischer Solidarität ähnelt und dem Sektierertum Vorschub leistet. So haben auch wir mit einem Genossen der Doro Chiba zur aktuellen Situation gesprochen.



Klare antifaschistische Stossrichtung an Demos in Tokio

**RAS: Am 30. Juni demonstrierten 40'000 Menschen gegen die inzwischen durchgesetzten Reformpläne der Regierung. Um was geht es genau?**

DC: Die herrschende Klasse in Japan ist heute wieder bereit Krieg zu führen. Die Regierung hat den neunten Artikel der «pazifistischen» Verfassung «uminterpretiert». Damit verzichtet sie nicht mehr «für alle Zeiten auf den Krieg als souveränes Recht der Nation», sondern ist bereit zur «kollektiven Selbstverteidigung».

**RAS: Mit Verlaub, Japan hat die sechstgrösste Streitmacht der Welt und nimmt schon jetzt Teil an Kriegen. Pazifismus tönt anders.**

DC: Klar ist der Pazifismus eine Lüge. Schon 1950 hatte Japan dem US-Imperialismus im Korea-Krieg durch Bereitstellung von Logistik geholfen. Damals wurde statt einer regulären Armee die Nationale Polizeireserve aufgestellt. Später wurde diese dann in die jetzige Selbstverteidigungsarmee umgewandelt. Und die japanische Bourgeoisie hat ein imperialistisches Interesse und eine militärische Industrie. Auch in jüngster Zeit unterstützte Japan im Irak- und Afghanistan-Krieg die militärische Infrastruktur vor Ort. Doch heute fällt eine letzte Begrenzung. Japan kann jetzt offiziell Kampfhandlungen im Ausland durchführen. Japan soll ein «normaler Staat werden», der eben fähig

ist, Kriege zu führen. Das führt auch zu einer Militarisierung nach innen. Das bisherige Nachkriegssystem wird umgebaut. Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, aber auch die Erziehung und die Schulbücher werden sich nach dem Zweck der Kriegsfähigkeit ausrichten.

**RAS: Was meinst du mit Nachkriegssystem?**

DC: Die Niederlage Japans führte zu einem imperialistischen Staat ohne Wehrmacht. Man muss sich bewusst sein, dass die USA und die damalige Sowjetunion nach dem Sieg ursprünglich verhindern wollten, dass Japan wieder zu einer Industriemacht wird. Doch zwei Tatsachen intervenierten in diese Nachkriegsstrategie. Zum einen kam es 1947 zu Nachkriegsrevolten der ArbeiterInnenklasse, die alle Erwartungen übertrafen. Über zwei Millionen streikten spontan, militant und durchaus revolutionär. Sie forderten Reis, wollten aber auch die Verantwortlichen des Krieges, also die herrschende Klasse, zur Verantwortung ziehen. Schnell entstanden daraus Gewerkschaften. Die USA mussten dies bremsen, durch die Armee, breiherzige Zugeständnisse bei den ArbeiterInnenrechten und integrative Gewerkschaften. Gleichzeitig verriet die einflussreiche Kommunistische Partei den Kampf und ordnete die Gewerkschaftsführung an, dem Streikverbotsbefehl der US-Besatzungsarmee zu folgen. So wurde ein geplanter Generalstreik sabotiert. Nach stalinistischen Definition sollten die USA eine Befreiungsmacht Japans vom Militarismus sein. Zum anderen aber brach auch die chinesische Revolution die Stabilität des Jalta-Systems zwischen der Sowjetunion und den USA. Die USA brauchten einen stärkeren Partner in Asien. So wurde die Industrialisierung und eine Verteidigungsarmee in Japan gebilligt.

**RAS: Und heute «emanzipiert» sich der japanische Imperialismus also wieder von den USA?**

DC: Ja. Und die USA unterstützen diese Entwicklung nur bedingt. Die Angelegenheit ist delikater. Natürlich brauchen die USA einen militärischen Verbündeten, was unter «kollektive Selbstverteidigung» verstanden wird. Aber die USA sind sich durchaus auch der offensiven Bedeutung der Reform bewusst. Es ist ganz klar, dass Japan damit eine latente Kriegserklärung macht. Wenn die japanische Regierung es für nötig erachtet geht der Krieg los.

**RAS: Kommen wir nochmals zurück zur Aktualität. Schon mit dem Fukushima-Desaster wurde ja offenkundig, dass die Regierung sich gegen die Bevölkerung durchzusetzen weiss. Wie ging das in diesem Fall?**

DC: Abe hat es tatsächlich erreicht, ein Grundprinzip in der Verfassung hinter verschlossenen Türen zu kippen. Er konnte das Parlament umgehen, indem er behauptet, es handle sich nicht um die Veränderung eines Verfassungsartikels, sondern um eine «Uminterpretation». Er musste also nur sein Kabinett, welches er selber einberufen hatte, auf seine Seite kriegen. Dies geschah in geheimen Verhandlungen. Und in diesem ist neben der LDP nur noch ihr Koalitionspartner Komeito, eine buddhistische Partei, die sich per Selbstdefinition der «Gerechtigkeit» und dem «Frieden» verpflichtet. Für die Bourgeoisie war es das Hauptziel dieser Regierung, diese Partei auf den militaristischen Kurs zu bringen. So wurde chauvinistisch argumentiert, Pazifismus sei unrealistisch, ein Land müsse Krieg führen können. Komeito verteidigte ihre Regierungsbeteiligung noch damit, sie könne so die Tendenz nach rechts einschränken.

**RAS: Ha, diese Argument hört man auch in Europa immer noch.**

DC: Ja. Es ist natürlich nicht so, dass wir annehmen, dass die ArbeiterInnenklasse im bürgerlichen Parlament eine Stimme hätte. Aber dass die Verfassung



Klare antifaschistische Stossrichtung an Demos in Tokio

ohne Parlamentsbeschluss faktisch geändert wird, gleicht schon einem kleinen Putsch.

**RAS: Was sind die konkreten weiteren Schritte, jetzt, wo dieser kleine Putsch gelungen ist?**

DC: Wir planen am 17. August eine große Kundgebung in Tokio unter der Parole «Stoppt die Verfassungsänderung, den Krieg, die AKWs und die massenhaften Entlassungen! Nieder mit der Abe-Regierung!». Durch diese Veranstaltung versuchen wir die wütende Stimme der in breiten Schichten der japanischen Bevölkerung gegen Abe zusammenbringen. Abe hat uns ein Anlaß gegeben neue Massenproteste zu schaffen.

**RAS: Die Parolen sind sehr offensiv. Aber wie steht es um die Stärke des Widerstands? Gibt es noch eine Kontinuität aus den militanten antimilitaristischen Bewegungen der 60er Jahre gegen die AMPO (Japanisch-US-amerikanischer Sicherheitsvertrag)?**

DC: Im Vergleich mit der Zeit der AMPO-Kämpfe sind die offiziellen Gewerkschaften unter der systemfreundlichen bürokratischen Führung inzwischen sehr reaktionär geworden und sprechen kein Wort gegen Abe. An der letzten Maikundgebung hat RENGO, die Dachorganisation der japanischen Gewerkschaften, sogar Abe eingeladen. Unter den BasisarbeiterInnen dagegen gibt es eine Bereitschaft, an militanten Protestaktionen teilzunehmen. Sie haben viele Gründe dafür, nicht nur politische, sondern auch ökonomische: Sozialabbau, Lohnkürzung, Prekarisierung usw. Deshalb ist es uns wichtig, kämpferische Gewerkschaften überall in Japan wiederzubauen.

**RAS: Eurer Einschätzung nach könnte die massive Prekarisierung, welche die japanische ArbeiterInnenklasse in den letzten Jahrzehnten erlebt hat, also eher zu einem stärkeren Klassenbewusstsein führen. Aber ökonomische Krisen können sich ja auch in stärkeren reaktionären Tendenzen äussern. Ist die Militarisierung Japans nicht eher ein Anzeichen für die Erstarung des Reaktion?**

DC: Sicher gibt es unter jüngeren ArbeiterInnen das Gefühl der Unsicherheit, Resignation und auch der Isolation. Aber gerade wir in der Doro Chiba haben auch viele Beispiele erlebt, bei denen die jüngere Generation der ArbeiterInnen sich aktiviert, wenn die Gelegenheit dazu gegeben ist.

**RAS: Ihr schätzt den japanischen Imperialismus als eine Schwachstelle im kapitalistischen System ein. Wie kommt es dazu?**

DC: Mit der Praktisierung durch den Neoliberalismus hat der japanische Imperialismus die meisten Arbeitsplätze kaputtgemacht oder verwüstet: Es gibt keine Sicherheit und keine qualifizierte Arbeit mehr, sondern es herrscht überall nur noch Verantwortungslosigkeit. Im Weltmarkt ist Japan jetzt ein Verlierer. Der japanische Imperialismus hat sich selbst ruiniert. Man spricht hier oft von den «verlorenen zwei Jahrzehnten». Wir werden diese Herrschaft umstürzen. seren Betrieben wurde hingegen offen mit Entlassung gedroht.



# CPI(Maoist) und CPI(M-L)Naxalbari in neuer Einheit

**FUSION Am 1. Mai 2014 wurde eine Presseerklärung veröffentlicht, in der die CPI(Maoist), Kommunistische Partei Indien (Maoistisch) und die CPI(M-L) Naxalbari ihre Fusion bekannt gegeben haben. Für uns ein Grund, um einmal mehr die revolutionäre Bewegung in Indien zu beleuchten.**

(agkkzh) Bereits 2004 hatten sich die zwei grössten maoistischen Parteien Indiens<sup>1</sup> zu einer einheitlichen Partei zusammengeschlossen, der heutigen CPI(Maoist) – ein Sprung in der Geschichte der kommunistischen Bewegung Indiens. Die neuerliche Fusion ist bemerkenswert, da in einem so grossen Land wie Indien mit so unterschiedlichen Lebensbedingungen, Klassen, Kastenwesen, patriarchalen Strukturen, Völkern und Religionen die Widersprüche grosses Spaltungspotential haben. Dass die Bemühungen der Partei, die Einheit der revolutionären Kräfte voranzutreiben, trotzdem erfolgreich sind, zeigt, dass die Partei zu korrekten Methoden, richtigen Analysen und Selbstkritik fähig ist.

## Jahrzehntelange, reichhaltige Erfahrungen

Die Geschichte der Kommunistischen Partei in Indien ist lang, sie begann bereits 1925. Im Laufe der Jahrzehnte wurden Teile in die herrschende Regierung integriert, andere gaben den bewaffneten Kampf auf, andere führen bis heute den langandauernden Volkskrieg gemäss dem maoistischen Konzept für halbfeudale Länder.

Die heutige CPI(Maoist) beruft sich auf den Bauernaufstand 1967 in Naxalbari im Norden Westbengalens, der eine revolutionäre Bewegung entzündete, die sich rasch und kontinuierlich ausbreitet. Die Bewegung ist zwar noch immer in viele Organisationen aufgesplittert, doch werden die Bemühungen um die Einheit revolutionärer Kräfte weiter vorangetrieben.

Die CPI(Maoist) ist heute wahrscheinlich die weltweit grösste revolutionäre kommunistische Partei, ihre Operationsgebiete erstrecken sich vom Nordosten des Landes den Küstenstaaten entlang bis in den Südosten. In zentralen Waldgebieten sind teilweise der alte Staat und die Grossgrundbesitzer vertrieben worden. In Jahrzehnten harter Kämpfe, in denen tausende GenossInnen ihr Leben verloren haben, wurden Guerilla-Stützpunkte und rote politische Macht in Form von Revolutionären Volkskomites in Zentral- und Ostindien aufgebaut. Diese werden mittels der Volksbefreiungs-Guerilla-Armee (PLGA) erobert und die Volksmilizen beteiligen sich an ihrem Schutz. Trotz Parteiverbot ist die CPI(Maoist) mittlerweile in rund zwei Dritteln der 28 Bundesstaaten aktiv. Für die Arbeit in den Städten hat die Partei eine äusserst differenzierte Analyse entwickelt<sup>2</sup>. Darin wird für die veränderten ökonomischen und sozialen Bedingungen, wo eine rasante industrielle Entwicklung eine riesige ArbeiterInnenklasse erzeugt hat, ein umfassendes



Wandbild in Toulouse zum Solidaritätstag mit den politischen Gefangenen am 15. August 2014

Konzept für den Kampf in den urbanen Zentren dargestellt. Es enthält differenzierte politische und organisatorische Antworten, wie Ziele, Methoden und Richtlinien der Parteiarbeit, ein langfristiger strategischer Ansatz, Formen des Widerstandes, der Aufbau klandestiner Parteiorganisationen, die Mobilisierung der Massen durch eine Vielzahl unterschiedlicher Organisierungsmöglichkeiten wie klandestine und offene Massenorganisationen, Fraktionen in den Gewerkschaften und verschiedene Aktionseinheiten. Aber auch die Analyse der Konterrevolution, militärische Aufgaben, urbane Milizen und Selbstverteidigungsgruppen, Aktionen der Stadtguerilla und die Unterstützung der Guerilla-Volksarmee. In den mit der Partei verbundenen Massenorganisationen kämpfen Millionen von Menschen für revolutionäre Ziele.

## Trotz Repression wächst der Volkskrieg

Die Bedeutung der neuen Vereinheitlichung wiegt umso mehr, da der indische Staat immer wieder grosse Repressionskampagnen lanciert. Die aktuelle konzentriert sich in der «Operation Green Hunt» – einem Krieg gegen das Volk. Zehntausende von Menschen sind betroffen: Morde, Vergewaltigungen, Häuser- und Erntezerstörungen, Niederbrennen von Dörfern, Landenteignungen und Vertreibungen sind einige der Methoden. Der indische Staat setzt Militäraktionen mittels Boden- und Lufttruppen sowie Drohnen ein.

Trotzdem wächst der Volkskrieg in Wellen. Die neuerliche Expansion im südlichen Teil von Western Ghats entlang der Westküste Indiens wurde durch die Fusion der beiden Parteien ermöglicht. Teile dieses Gebiets gehören zum Unesco-Weltkulturerbe und werden als einer der acht weltweit bedeutendsten Orte der biologischen Vielfalt geschützt. Der indische Staat ist dabei, die Zone zu militarisieren um den bewaffneten Kampf für eine revolutionäre Perspektive zu unterbinden. Weitere indische Bundesstaaten mit der von den GenossInnen entwickelten «Neuen Demokratie» in embryonaler Form

sollen mit allen Mitteln verhindert werden.

## Solidaritätstag mit den politischen Gefangenen

Jedes Jahr am 15. August feiern die bürgerlichen Kräfte in Indien ihre im Jahre 1947 erlangte «Unabhängigkeit». Für die Bevölkerung Indiens hat sich diese angebliche Unabhängigkeit und die darauf folgende neokoloniale Politik als wahrer Albtraum erwiesen. Um die Ausbeutung reicher Rohstoffe und billiger Arbeitskräfte durch Grosskonzerne zu garantieren, hat sich Indien ein Arsenal an Gesetzen, Dekreten und Verfügungen zugelegt, um im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus alle Formen von Opposition auszulöschen. Im ganzen Land sitzen zehntausende Personen wegen dieser «Anti-Terror-Gesetze» in Haft, oftmals ohne Prozess oder begangene Straftaten, unter ihnen auch viele Mitglieder der CPI (Maoist).

Anlässlich des Jahrestages der «Unabhängigkeit» Indiens organisierte die Rote Hilfe International einen Aktionstag, um Freiheit für die revolutionären Gefangenen zu fordern. Dies im Rahmen der internationalen Kampagne im Kampf für die Anerkennung des Status des politischen Gefangenen und für die Abschaffung der heuchlerischen «Anti-Terror-Gesetze». In verschiedenen Städten Europas, z.B. Brüssel, Hamburg, Toulouse, Locomo und Zürich, wurden Solidaritätsaktionen, Veranstaltungen und Plakatkampagnen durchgeführt. Unsere Solidarität ist deshalb von Bedeutung, da sich Indiens Regierung als die grösste Demokratie der Welt rühmt und es nicht gern hat, wenn ihnen die Welt auf die Finger schaut während sie ihre Völker und ProletarierInnen terrorisieren. Die «Operation Green Hunt», die sämtliche «demokratischen Menschenrechte» mit Füßen tritt, muss denunziert und bekämpft werden.

<sup>1</sup> CPI(ML)(PW) Communist Party of India (Marxist-Leninist) (Peoples War) und MCCI Maoist Communist Centre of India

<sup>2</sup> «Urban Perspective», bei uns in Deutsch erhältlich, in: Internationale Debatte Nr. 6, Mai 2010

# BJP – Garantin verschärfter Ausbeutung

**HINDU-FASCHISMUS Die «grösste Demokratie der Welt» hat gewählt. Während fünf Wochen konnten über 800 Mio. Wahlberechtigte ihre Stimme abgeben. Mit 35% gewann die Bharatiya Janata Party (BJP), eine hinduistisch-nationalistische Partei, die nun mit Narendra Modi den neuen Ministerpräsidenten stellt. Was bedeutet dieser Wahlsieg für Indien und die revolutionäre Bewegung?**

(agkkzh) Gegen Korruption, für ein unabhängiges Indien, schrieb Modi sich gross auf seine Fahnen während seines Wahlkampfes. Ein Wahlkampf, den er sich 30.000 Crores Rupien (4,53 Mia. CHF) kosten liess. Im Verlauf des Wahlkampfes wurden mehrfach Alkohol und Geld beschlagnahmt, mit welchen Wähler gekauft werden sollten. Die Partei, die sich gegen Korruption stark macht, setzte dabei auf ebensolche Mittel wie alle anderen Parteien.

Die BJP ist der parlamentarische Flügel der faschistischen Sangh Parivar, einer «Familie» fundamentalistischer Hindu-Gruppen. Ihr organisatorisches und ideologisches Rückgrat ist die Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS, oder nationale Freiwilligenorganisation), die Narendra Modi in früheren Zeiten propagierte. Modis Nominierung zum Premierminister-Kandidaten der BJP wird von vielen als Ausdruck eines RSS-Coups innerhalb der Partei angesehen. Modis Machtquelle sind seine Beziehungen zum Grosskapital. Grosse Teile der

indischen Bourgeoisie unterstützen ihn mit Blick auf die Konsolidierung ihres Reichtums und ihrer Macht angesichts eines wirtschaftlichen Rückgangs und wachsenden Widerstands der arbeitenden Klassen.

## Gegen die Wahlen regte sich vielerorts Widerstand

Gruppierungen verschiedenster politischer Ausrichtungen riefen zum Boykott der Wahlen auf. Im Bundesstaat Kashmir erreichte der Anteil der Personen, die an den Wahlen teilnahmen, gerade 27%.

Auch die revolutionäre CPI(Maoist) und ihre Massenorganisationen lancierten eine Kampagne, um die Wahlen, die sie als eine Farce bezeichnen, zu sabotieren. In den Gebieten, in welchen revolutionäre Bewegungen stark sind, war der Wähleranteil markant niedriger. In vielen dieser Gebiete griff die Regierung zu wenig schmeichelhaften Mitteln, um WählerInnen davon zu überzeugen, ihre Stimme abzugeben. Wer nicht wählt, ist ein Terrorist, hiess es. Mancherorts wurde berichtet, dass Bauern unter vorgehaltenen Waffen dazu gezwungen wurden, ihre Stimme abzugeben. Gemäss offiziellen Angaben betrug die Wahlbeteiligung 66%.

Nun, auch wenn die Adivasi, die indischen UreinwohnerInnen, die MaoistInnen oder die zahlreichen separatistischen Bewegungen Indiens Modi und seine BJP nicht gewält haben, werden sie mit ihr zu tun bekommen. Bereits vor den Wahlen führte die Regierung, damals noch die Congress Party unter Manmohan Singh, mehrere grosse Militäraktionen durch. So waren um Neujahr rund 40.000, vergangenen März 100.000 bewaffnete Soldaten, Polizisten und Paramilitärs in jenen Gebieten eingesetzt

worden, in welchen grosse Kampagnen zum Boykott der Wahlen stattfanden.

Das wird sich unter Modi kaum ändern. Seine Partei, die von den MaoistInnen als hindufaschistisch bezeichnet wird, hat sich in der Vergangenheit oft durch Hetzjagden auf alles, was nicht in ihr Bild passt, profiliert. Als leitender Minister des Bundesstaates Gujarat präsidierte Modi einem der schlimmsten Anti-Muslim Pogrome der jüngeren Geschichte. In seinem Verlauf im Frühjahr 2002 wurden mehr als 1000 MuslimInnen getötet, mehr als 100.000 mussten fliehen. Modi wurde damals für sein Verhalten scharf kritisiert, Fehler eingestanden haben er und seine Regierung bis heute allerdings nicht.

Während die Congress Party, die die vergangenen 10 Jahre die Regierung innehatte, die «Operation Green Hunt» in die Wege leitete, bleibt abzuwarten, was die noch viel radikalere BJP gegen die «grösste Bedrohung der inneren Sicherheit» Indiens unternehmen wird. Das hinduistische Kastensystem, auf welches sich die BJP beruft, gesteht den Adivasi, den UreinwohnerInnen Indiens, die vielerorts den Grossteil der Basis der CPI(Maoist) ausmacht, kaum auch nur die grundlegendsten Menschenrechte zu. Eine Regierung unter Führung dieser Partei dürfte daher mit einer Bewegung, in der sich diese Adivasi bewaffnet erheben, um sich ihr Recht selber zu erkämpfen, das ihnen sonst niemand zugesteht, kaum positiv gesinnt sein. Im Gegenteil, der Sieg der BJP ist ein Indikator für die Intensivierung von Ausbeutung, Unterdrückung, Nationalismus und faschistischen Methoden.

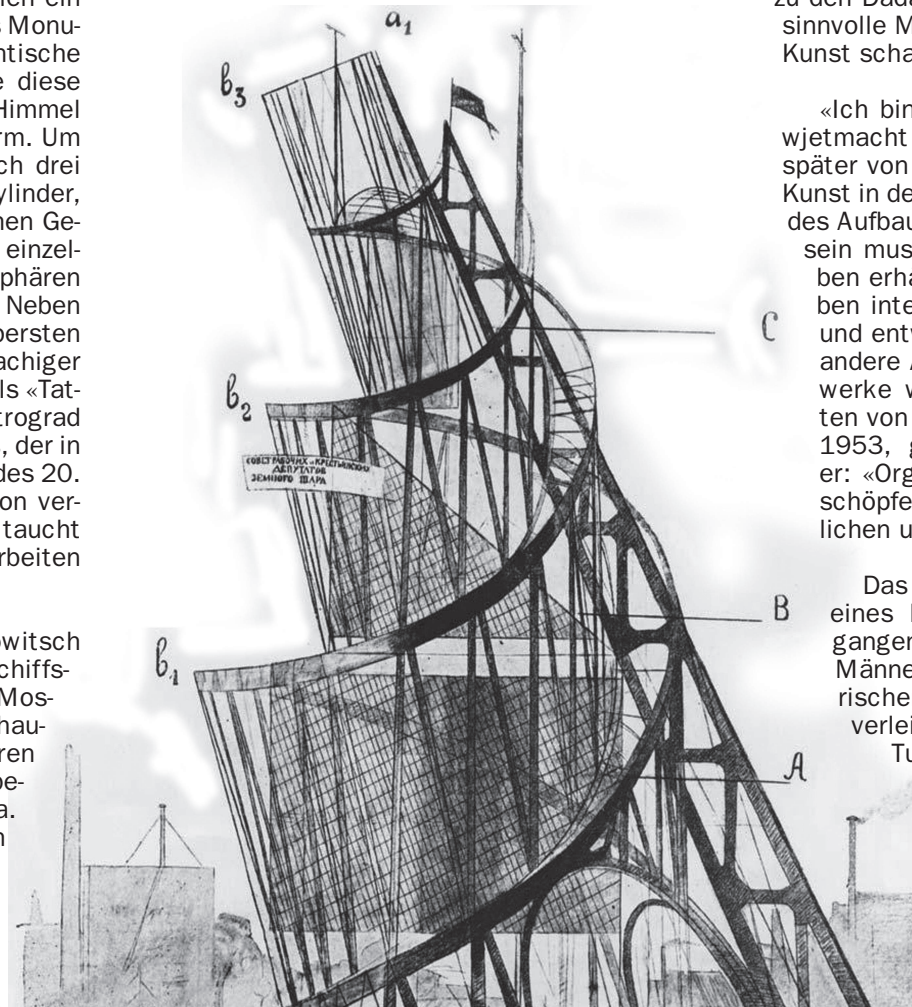


## Im Bild

1919 wurde Wladimir Tatlin beauftragt zu Ehren der III. Kommunistischen Internationalen ein Denkmal zu errichten. Sein Vorschlag, «das Monument der III. Internationalen» war eine gigantische Turmförmige Maschine. 400 Meter sollte diese spiralförmige Metallkonstruktion in den Himmel von Petrograd ragen, höher als der Eiffelturm. Um den schräg verlaufenden Mast winden sich drei kubische Formen. Laut Plan kreisten Zylinder, Pyramide und Halbkugel in unterschiedlichen Geschwindigkeiten um den Hauptmast. Die einzelnen Teile sollten gleich den beweglichen Sphären eines Planetariums konstruiert werden. Neben Tagungssaal und Restaurant würde im obersten Teil des Stahlgerüst-Pavillons ein mehrsprachiger Radiosender beheimatet sein. Der heute als «Tatlin Turm» bekannte, schiefe Turm von Petrograd zählt zur Stilrichtung des Konstruktivismus, der in Kunst und Architektur in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, vor allem in der Sowjetunion verbreitet war. Der Name Konstruktivismus taucht erstmals im Zusammenhang mit Reliefarbeiten Tatlins um 1913 auf.

Der Ingenieursohn Wladimir Jewgrafowitsch Tatlin, schloss sich nach zwei Jahren als Schiffsjunge auf hoher See, mit 17 Jahren der Moskauer Kunstfachschule für Malerei, Bildhauerei und Baukunst an. Nach einer weiteren Matrosenzeit auf dem Schwarzen Meer beendete Tatlin sein Studium 1909 in Pensa. Neben Künstlern wie Kasimir Malewitsch prägte er später die russische Avantgarde. Auf den Spuren seines grossen Vorbilds Picasso lernte Tatlin in Paris den Kubismus kennen. In Frankreich unternahm er grosse Mühen um mit Picasso zusammenarbeiten zu dürfen. Dieser lehnte den jun-

gen Russen aber ab und fertigte ihn mit ein paar angebrochenen Farbdosen ab, die Tatlin als Andenken aufbewahrte. Tatlin gilt als Begründer der Maschinenkunst, welche sich durch Ästhetik der Technik vom romantisch bürgerlichen Kunstver-



ständnis abgrenzte. Er wollte die Dynamik der Revolution und des Aufbruchs in seinen Arbeiten darstellen. «Die Kunst ist tot. Es lebe die Maschinenkunst Tatlins», hiess es an der ersten Internationalen Dada Messe in Berlin. Im Gegensatz zu den Dadaisten wollte Tatlin jedoch ästhetisch sinnvolle Maschinen und keine reine Maschinenkunst schaffen.

«Ich bin der erste Künstler, der sich der Sowjetmacht zur Verfügung stellte», sagte Tatlin später von sich. Er vertrat die Auffassung, dass Kunst in der Revolution wesentlicher Bestandteil des Aufbaus und der revolutionären Entwicklung sein muss und dementsprechend neue Aufgaben erhält. Er wollte Kunst ins alltägliche Leben integrieren. Neben Architektur, designte und entwickelte er auch Möbel, Geschirr und andere Alltagsgegenstände. Seine Museumswerke waren zumeist freihängend und durften von den Besuchern auch berührt werden. 1953, gegen Ende seines Lebens schrieb er: «Organisch schloss ich mich der aktiven schöpferischen Tätigkeit im gesellschaftlichen und pädagogischen Bereich an.»

Das Gebäude zeigt eine völlig neue Art eines Denkmals. Kein Monument der Vergangenheit oder huldigendes Abbild grosser Männer – eine Konstruktion die dem historischen Moment der Revolution Ausdruck verleihen sollte. Der erste Name für den Turm lautete daher: «Denkmal der Oktoberrevolution von 1917.» Die originalen Modelle gelten als verschollen. Wahrscheinlich verschwand es schon zu Lebzeiten des Künstlers. Heute gilt der Tatlin-Turm als architektonischer Meilenstein und das Modell wurde hundertfach rekonstruiert. Real verwirklicht wurde Tatlins Turm jedoch nie.

## Widerstand gegen das «griechische Guantanamo»

**REPRESSION Im Juni wurde in Griechenland ein neues Gesetz zur Umstrukturierung der Gefängnisse verabschiedet. Dieses wird fatale Folgen für die Griechischen GenossenInnen haben.**

(agj) Am 16. Juli 2014 wurde Nikos Maziotis nach einem Schusswechsel in Athen festgenommen. Nikos ist Mitglied vom «Revolutionären Kampf» und war «Flüchtiger Nummer 1» in Griechenland. Die Verhaftung wurde vom griechischen Staat, dessen Medien und internationalen Medien bejubelt. «Für das politische und wirtschaftliche Regime, nicht nur in Griechenland, sondern auch international, ist die Festnahme eines Revolutionärs mit dem politischen Kaliber von ihm ein «bedeutender Erfolg» schreibt Pola Rupa, ebenfalls Mitglied vom «Revolutionären Kampf», in einem offenen Brief aus der Klandestinität.

Wie Pola sagt, ist ein solches Ereignis für die herrschende Klasse wichtig, um ihre Macht und Repression zu untermauern. Aufgebauscht durch die Medien wird ein Terrorist gefasst, um vorzugaukeln, wo die Fronten zwischen Gut und Böse sind. Dabei kann vor allem von Problemen abgelenkt werden, wovon die griechische Regierung zu Hauf hat. Dieses Beispiel zeigt auf, dass in Zeiten der Krise Repression ein bedeutendes Mittel ist, um Widerstand zu unterbinden.

### Land in der Krise

In Zuge der Krise ab 2008 wurde Griechenland ein Exempel von verheerenden Sparmassnahmen in der EU. Neben dem finanziellen Zusammenbruch, der eine enorme Anzahl von Arbeitslosen schuf, erreichte das politische System ebenfalls seinen Tiefpunkt. Korrupte Beamte, die eng verbunden mit der griechischen Elite sind, liessen das Vertrauen in die traditionellen Parteien schwinden. So kam es bei den Wahlen 2012 zu keiner Mehrheitsregierung, die Stimmen für die verbalradikale, reformistische Syriza, aber auch für die Faschisten nahmen zu. Die rechte Regierungspartei Neue Demokratie nutzte die gesellschaftliche Stagnation, um Angriffe gegen Arbeitskämpfe wegen der neoliberalen Entwicklung zu lancieren. In einem Interview mit der Roten Hilfe International erklärt Kostas Gournas, ein verurteilter Genosse vom «Revolutionären Kampf», wie die breite radikale Bewegung in Griechenland durch starke Repression an Kraft eingebüsst hatte.

### «Griechisches Guantanamo»

Eines dieser Mittel der Repression ist das das Gesetz für den Bau von Hochsicherheitsgefängnissen, das

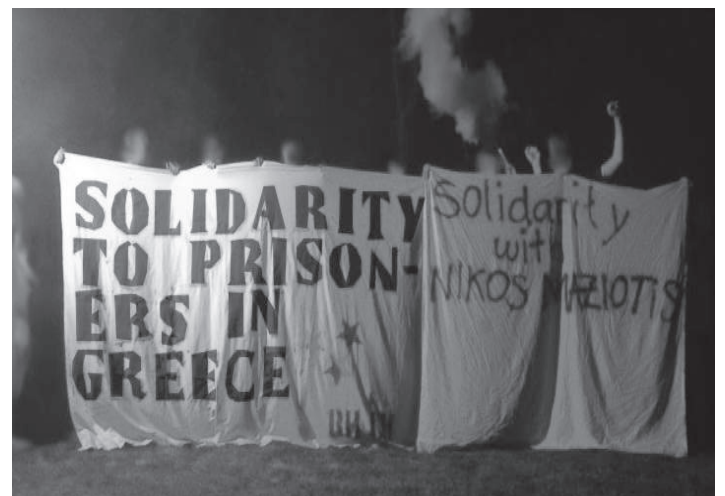
am 17. Juni verabschiedet wurde. Das Gesetz schlägt die Erstellung von 3 Abstufungen von Haftbedingungen, mit ansteigender Repression, vor. Die Wirtschaftsdelinquenten werden in den «milderen» Flügel gesperrt, der Typ A genannt wird. Die Mehrheit der Gefangenen wird in den Flügel Typ B gesperrt, wo sie unter miesen Bedingungen eingesperrt werden. Gleichzeitig werden in den Flügel Typ C die Gefangenen gesperrt, für die die Kategorie «besonders und höchst gefährlich» gilt.

Für Häftlinge der Typ-C-Gefängnisse wird die Abschaffung des Freigangs, des Eigentums sowie des Lohns und der Haftreduktion vorgesehen. Die Haftdauer wird verlängert und umfassende Kontrollen sollen eingeführt werden. Zusätzlich wird den Gefängnisdirektoren umfassende Macht zur willkürlichen Kontrollausübung gegeben und die Gefangenaufsicht wird Sonderkommandos der griechischen Polizei übergeben.

Die Einführung dieses Gesetzes ist ein Diktat der EU; im Rahmen der allgemeinen Umstrukturierung des Kapitals sind Gefängnis-Umstrukturierungen ein weiterer Teil des «modernen Ausnahmezustands». Das Ziel ist die Zerschlagung von bewaffneten politischen Gruppen. Die Vernetzung von politischen Gefangenen mit anderen Häftlingen soll verhindert werden. Die Gefahr besteht, dass alle politischen Gefangenen in die Typ-C-Gefängnisse gesteckt werden, da sie als Saboteure der Wirtschaft und des Staats angeprangert werden.

### Der Kampf geht weiter...

Um gegen die Einführung des Gesetzes zu protestieren, wurde im Juni ein Hungerstreik mit 4500 Gefangenen durchgeführt. Dieser wurde dann aus Angst vor weiterer Repression von vielen Gefangenen abgebrochen. Den Hungerstreik zu beenden bedeutete gemäss dem Initiativkomitee jedoch keinesfalls, dass nun das Handtuch geworfen wurde, sondern ist als strategische Entscheidung zu deuten. Die Tatsache, dass der Hungerstreik von 4500 Gefangenen von allen Medien synchron verschwiegen wurde, zeigt mit welcher Vehemenz versucht wird, den Widerstand in Keim zu ersticken. Die Zensur der Medien wird als Werkzeug der herrschenden Klasse zur Bekämpfung des Widerstands sichtbar. Die Situation fordere demnach von den streikenden Gefangenen neue und dynamischere Formen des Kampfes als den Hungerstreik. Die vorhandenen Kräfte sollen erneuert und neu gesammelt werden. Das Komitee kündigt an, auch weiterhin jeglichen Vorschlägen im Zusammenhang mit dem Ausbau



Solidaritätsaktion aus Zürich

der Gefängnisse misstrauisch gegenüber zu stehen. Der Gesetzesvorschlag für ein Hochsicherheitsgefängnis werde niemals akzeptiert und auch in Zukunft mit allen Mitteln bekämpft.

### Solidarität ist eine Waffe

Die Solidarität ist ein zentraler Moment der revolutionären Bewegung. Sie ist das verbindende Glied des Kollektivs gegen die vereinzelnden Elemente des Kapitalismus. Es erstaunt nicht, dass der bürgerliche Staat in seiner Repression auf das Prinzip der Vereinzelung setzt. Mittels gezielter Spaltungsstrategien werden Bewegungen aufgeteilt, mittels unterschiedlicher Klassifikationen werden Gefangene auseinander dividiert, mittels Isolation werden GenossInnen drinnen endgültig von den GenossInnen draussen abgeschnitten.

Umso wichtiger ist es, gemeinsam den Angriffen von oben, die sich gegen revolutionäre Projekte richten, entgegenzutreten. In dieser Situation geht es nicht prioritär darum, Wert auf die Unterschiede politischer Natur zu legen, sondern die verbindenden programmatischen Momente ins Zentrum zu rücken. Wer ernsthaft gegen Staat und Kapital kämpft, muss auch jetzt und perspektivisch zeigen, wofür er oder sie kämpft. Die Solidarität ist einer dieser Werte. Darum sind die politischen Gefangenen in Griechenland und sonstwo ein wichtiger Bezugspunkt, weil sie eine ungebrochene Position repräsentieren, aber auch weil die Solidarität mit ihnen unsere Position vermittelt. Für und mit politischen Gefangenen kämpfen heisst letztlich, für eine Perspektive jenseits des Kapitalismus kämpfen.



# Konkurrenz der Kanäle – Konkurrenz der Grossmächte

**IMPERIALISMUS Ein gewaltiger Kanal soll in Nicaragua gebaut werden, um eine zweite Wasserstrasse zwischen Atlantik und Pazifik zu erschliessen.**

(gpw) 1904 begann der Bau des Panamakanals. Seither spielt er eine traurige Rolle im südlichsten Land Zentralamerikas. Nach 100 Jahren sind seine Schleusen für die heutigen Riesenschiffe zu klein geworden. Seit einigen Jahren wird er nun für fünf bis acht Milliarden US-Dollar saniert und erweitert, um Platz für die Post-Panamax-Klasse zu schaffen. Auf diesen Schiffen werden dreimal so viele Container transportiert werden können wie auf den Schiffen, die bis jetzt den Kanal passieren. Doch weiter nördlich sind verschiedene Akteure dabei, die Erde in Bewegung zu bringen.

## Der grosse interozeanische Kanal

Das Chinesische Unternehmen „Hongkong Nicaragua Development Group“ (HKND) will in Nicaragua ein gewaltiges Riesenprojekt als Konkurrenz zum Panama-Kanal bauen. Geplant ist die Route von der Mündung des Brito-Flusses südlich der Provinzhauptstadt Rivas quer über den im Landesinneren gelegenen Nicaragua-See. Dann weiter bis hin zur Mündung des Punta-Gorda-Flusses, wo er in den Atlantik führt. Die Zahlen dazu sind gewaltig. Der Kanal wird 278 Kilometer lang sein, 105 Kilometer durch den See selbst. Der Kanal wird zwischen 230 und 530 Meter breit und zwischen 26 und 30 Meter tief sein. Laut dem Unternehmen wurde die kostengünstigste wie auch ökologischste Route gewählt. Containerschiffe (bis 400'000t) und Öltanker (bis 320'000t) werden den Kanal passieren können. Jährlich wäre es möglich, bis zu 5100 Schiffen durch den Kanal zu schleusen. Die totale Investitionssumme von sage und schreibe 40 Milliarden US-Dollar – das doppelte der Wirtschaftsleistung von Nicaragua – ist die grösste



Die Route des Panamakanals

getätigte Investition der lateinamerikanischen Geschichte. Durch die Zuliefernetzwerke verspricht sich Nicaragua ein gewaltiges Wirtschaftswachstum.

Im Kontext des Kanals sollen auch eine Freihandelszone, zwei Tiefseehäfen, mehrere Tourismuskomplexe sowie ein Flughafen entstehen. Auch soll das Strassennetz rund um den Kanal saniert werden. Ebenso optimistisch sieht man die Entwicklung der Arbeitsplätze. Zunächst sollen 50'000 Arbeitsplätze geschaffen werden und dann auf 250'000 ansteigen. Vielversprechend klingt für die Regierung das Versprechen, dass Nicaragua kein Geld für den Kanal bereitstellen muss, China eine 100 jährige Lizenz erhält, Nicaragua jedoch automatisch seine Anteile an der Betreibergesellschaft alle zehn Jahre 10 Prozent steigern kann. Ebenfalls in 10 Jahren soll der Bau abgeschlossen sein.

Neben China hat auch Russland sein Interesse am Kanal bekundet. Laut dem russischen Botschafter haben russische Firmen ein Interesse daran, Ausrüstung und Baumaterialien zu liefern. Bis jetzt bestand die rus-

sische Beteiligung in der militärischen und politischen Unterstützung des Projekts. Ziel ist es, dass russisches Militär den Kanal sichern soll.

## Konkurrenz der Imperialismen

Mehrere Studien sehen hinter dem Bau des Kanals wirtschaftlich gesehen keinen Sinn. Die Nutzung des Panama-Kanals verdoppelt sich durch dessen Erweiterung, und die Gebühren werden beim dreimal so langen Nicaragua-Kanal viel höher ausfallen. Von wirtschaftlicher Konkurrenz kann also keine Rede sein. Ausser die chinesischen Ökonomen gehen von völlig anderen Zahlen aus. Ausserdem werden aufgrund des Klimawandels in Zukunft auch nördlich des Kontinents Wasserwege für die Schifffahrt nutzbar sein. Jedoch können imperialistische Interessen den Bau des Riesenprojekts vorantreiben. Die USA haben nach wie vor ein Interventionsrecht in Panama. Bei einem Konflikt mit China wäre der Panama-Kanal für chinesische Transporte sehr schnell blockiert. Ein Kanal unter chinesischer Kontrolle in Nicaragua wäre ein Garant für mehr Unabhängigkeit. Es gibt auch noch weitere Transportprojekte in Zentralamerika. Damit Europa nicht völlig zurück bleibt, will Guatemala mit Hilfe von europäischem Kapital eine vierspurige Autobahn plus eine Eisenbahnlinie plus zwei Hochseehäfen und eine Pipeline zwischen Pazifik und Karibik bauen. In kürzester Zeit sollen Container die 372 Kilometer lange Landstrecke durchqueren können. Auf der Strecke bleiben Bauernfamilien, welche enteignet werden müssen. Die Projekte setzen auch historisch neue Akzente. Sie zeigen unmissverständlich, dass die 1823 erlassene Monroe-Doktrin, in der sich die USA als Hegemon über Lateinamerika stellte und den Europäern Einflussnahme auf dem Kontinent untersagten, weiterhin bröckelt und vor allem China sich Zugriff auf die lateinamerikanischen Rohstoffe sichern will.

# Wahlen, Nato und Klassenkampf

**BOSNIEN Nach der Sozialrevolte im vergangenen Februar steht im Herbst der Wahlkampf 2014 an. Welche Perspektive hat in Bosnien eine revolutionäre Bewegung angesichts schwacher Industrie und starker Präsenz der Nato?**

(az) Leere Fabrikstätten soweit das Auge reicht: Die Vororte von Tuzla, einer Industriestadt im muslimischen Teil Bosniens, haben wirtschaftlich bessere Zeiten gesehen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist laut offiziellen Angaben in dieser Region ohne Erwerbsarbeit. Denn nach dem Zusammenbruch der Bundesrepublik Jugoslawien 1992 wurde das riesengrosse Staatskapital stückweise an die internationale Bourgeoisie veräussert, welche zwar oft die Weiterführung der Produktion versprach, das Versprechen aber in den wenigsten Fällen hielt. Viel öfters wurde dann das fixe Kapital (Maschinen und Einrichtungen) aus den Betrieben abgezogen und mit riesigen Gewinnen weiterverkauft. In jenen Fabriken, welche noch existieren, erscheint die Unternehmerschaft vielfach abstrakt und abwesend. Niemand weiss genau, wer der Boss ist. Der ist irgendwo im Ausland und führt eine bosnische Fabrik als Tochterfirma. Die Zerschlagung der revisionistischen Bundesrepublik Jugoslawien ist ein ausgesprochenes Musterbeispiel von Privatisierung und Imperialismus. Auch Schweizer Konzerne wie etwa der Betonkonzern Holcim sind kräftig beteiligt.

Kaum jemand in Bosnien ist erstaunt darüber, dass sich der Kampf auf der Strasse nun zuspitzt. Besonders auf dem Land sind sich die Menschen zwar gewohnt, dass sie laufend Verschlechterungen der Lebensbedingungen hinnehmen müssen, vom Kompradorenstaat nichts erwarten dürfen und sich stattdessen lokal und selber organisieren müssen. Tragisches aktuelles Beispiel dafür ist die Hochwasserkatastrophe im Mai dieses Jahres. Dieser Hintergrund führt dazu, dass für gewöhnlich viel passieren muss, bis sich die Menschen im muslimischen Teil Bosniens wehren. Im vergangenen Winter war aber die Ausgangslage aussergewöhnlich zugespitzt.

## Bewegung auf der Strasse seit Februar 2014

Was im Februar 2014 in der Region Tuzla zum Ausbruch kam, kann als Folge davon bezeichnet werden. Über 50 Monate lang hatten die ArbeiterInnen der chemischen Industrie keine Löhne mehr gesehen und immer wieder dagegen protestierten. Sie wurden aber regelmässig vertröstet und die Regierung versprach, mit den betreffenden UnternehmerInnen zu verhandeln.



Spray gegen Nationalismus in Bosnien

Am 5. Februar 2014 kam es dann zur Eskalation, da für viele Leute immer offensichtlicher wurde, dass der Staat die Privatisierungen begünstigt statt verhindert. Deshalb wurde das Regierungsgebäude in Flammen gesetzt. Ausserdem schickte die Regierung die Polizei und es kam zur Konfrontation: Viele Leute solidarisierten sich. Es ging also vorerst um einen lokalen Brennpunkt. Doch die Bewegung weitete sich rasch über andere Kleinstädte aus, welche ähnliche ökonomische Voraussetzungen aufweisen, wie dies in Tuzla der Fall ist.

Nun versuchen verschiedenste Kräfte den sozialen Protest für sich zu vereinnahmen: So auch Liberale und ReformistInnen, welche ganz andere Absichten haben und in erster Linie am Wahlkampf im Herbst 2014 interessiert sind. So dürfte die Bewegung auf der Strasse dann auch geschwächt werden, sollte die Sozialdemokratie die Wahlen gewinnen und mit (unrealistischen) Versprechungen die Leute zu besänftigen versuchen.

## Notwendige internationale Solidarität

Angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen und der schwachen Industrie kann nicht von einer hohen ArbeiterInnenmacht gesprochen werden. So konzentrierte

sich die Bewegung bis dato vor allem auf die Strasse. Ausserdem hat in Bosnien nach wie vor die Nato eine starke Präsenz. Sie hält sich zwar hauptsächlich im Hintergrund, hat aber schon lokale Polizeieinheiten beim Wegräumen von Strassenblockaden unterstützt und damit die Bevölkerung dezent auf ihre Anwesenheit und Interessen aufmerksam gemacht. Das Kräfteverhältnis scheint also hoffnungslos zu sein.

Gerade darum zeigt sich aber, wie wichtig die internationale Solidarität ist, nur wenn sich die Kämpfe in Bosnien rasch ausweiten, etwa indem sie weitere Teile des Balkans erfassen, haben sie in Bosnien eine konkrete Perspektive. Nationalistische Kräfte haben aber gerade in Kroatien und Serbien die Oberhand und sind auch in gewissen Regionen Bosniens stark. Aber die aktuelle Bewegung bietet deutliche Orientierung in eine klassenkämpferische Richtung, welche alle Ethnien umfasst. Dies ist wichtig und exemplarisch. Auch für die klassenkämpferischen Tendenzen in der Schweiz stellt Bosnien eine positive Referenz dar.



# Die algerische Revolution in Theorie und Praxis

**ANTIKOLONIALISMUS Vor 60 Jahren begann in Algerien der Unabhängigkeitskampf der FLN. Frantz Fanon, Mitglied der FLN, verfasste mit «Die Verdammten dieser Erde» ein sprachgewaltiges Manifest für die Überwindung des Kolonialismus.**

(rabs) In den 1950er und 60er Jahren führten in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas linke nationale Befreiungsbewegungen den Kampf gegen koloniale Herrschaft. In der Folge dieser Kämpfe erlangten die Länder ihre formelle Unabhängigkeit von den europäischen Mächten bzw. den USA. Die antikolonialen Kämpfe standen unter dem Zeichen der Konfrontation zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Teilen der Welt. Die oft von der Sowjetunion unterstützten antikolonialen Bewegungen wurden zur Bedrohung für die kapitalistischen Länder und ihre Hegemonie.

Im von Frankreich kolonialisierten Algerien begannen die Auseinandersetzungen am 1. November 1954: Die algerische «Front de Libération Nationale» (FLN) attackierte in mehreren Städten zivile und militärische Ziele. Die französische Armee versuchte mit allen Kräften die Kolonie zu halten und organisierte eine gewaltsame Jagd auf die algerische Bevölkerung. Frankreich hatte im Frühling 1954 in der Schlacht um Dien Bien Phu eine Niederlage gegen die vietnamesische Unabhängigkeitsbewegung Viet Minh eingefahren. Nun galt es, in Algerien Stärke zu beweisen. Die Kämpfe weiteten sich 1956 auf das ganze Land aus und wurden vonseiten der FLN mit Guerilla-Methoden geführt. Die bewegliche Kriegsführung im Sinn der unter anderem von Mao Tse-tung entwickelten Guerilla-Taktik baut auf einen starken Rückhalt der Kämpfenden in der Bevölkerung, insbesondere der ländlichen. In Algerien beispielsweise fanden die Militanten der FLN bei der bäuerlichen Bevölkerung Schutz vor der Verfolgung durch die französische Armee. Die Verbindung zwischen Kämpfenden und jahrelang unterdrückter Zivilbevölkerung ermöglichte es den Befreiungsbewegungen vieler Länder, die technisch weit überlegenen Kolonialarmeen zum Rückzug zu zwingen. So geschah es auch in Algerien, das im Jahr 1962 unabhängig wurde.



Franz Fanon

## Verbreiteter Rassismus

Frantz Fanon, Militanter und Theoretiker aus den Reihen der FLN, wurde an unterschiedlichen Stationen seines Lebens mit rassistischen Verhältnissen konfrontiert. Geboren auf der Karibikinsel Martinique, die zu Frankreich gehörte, schloss er sich 1944 als Freiwilliger dem Kampf gegen die deutsche Wehrmacht an. Innerhalb seines Bataillons herrschte eine strenge Hierarchie der «Rassen», die insbesondere die senegalesischen Kämpfenden abwertete. Fanon wurde offiziell als Franzose eingestuft und hatte somit eine bessere Position, die er aber immer durch seine Kopfbedeckung markieren musste, um als Schwarzer nicht den Senegalesen zugerechnet zu werden. Diese Erfahrung von Rassismus in einer Armee, die sich gegen den nationalsozialistischen Rassenhass wehrte, prägte Fanon. Er erlebte die deutsche Kapitulation in Frankreich – am gleichen Tag wurden in Algerien Demonstrationen für die Unabhängigkeit blutig unterdrückt. An diesem Tag und in den



Parole des FLN in Alger

darauf folgenden Unruhen wurden insgesamt mehrere Zehntausend Menschen durch die französische Armee getötet.

Fanon studierte ab 1946 Medizin in Frankreich und interessierte sich bald besonders für die Psychiatrie. Er erlebte die ablehnende Haltung französischer ÄrztInnen gegenüber nordafrikanischen PatientInnen und erkannte auch seinen eigenen minoritären Status innerhalb der französischen Gesellschaft. In «Schwarze Haut, weisse Masken», seinem 1952 erschienenen, ebenfalls breit rezipierten Werk, beschrieb er die rassistische Spaltung zwischen Schwarzen und Weissen. Er fokussierte darin auf die Auswirkungen des Rassismus auf Schwarze, auf das Zuschreiben einer biologischen Minderwertigkeit, die bis zur Aberkennung des Menschseins ging. Ab 1953 arbeitete er in Algerien als Psychiater im Krankenhaus von Blida-Joinville. Er baute eine psychiatrische Station auf, auf der, angestossen durch die französische Reformpsychiatrie, versucht wurde, die Hierarchie zwischen ÄrztInnen und PatientInnen teilweise aufzuheben. Nach Ausbruch des Unabhängigkeitskampfes suchte die FLN den Kontakt zu Fanon und bald entwickelte sich Fanons Station zu einem Ort medizinischer und logistischer Unterstützung – etwa durch das Verstecken gesuchter UnabhängigkeitskämpferInnen. Wegen der zunehmenden politischen Repression trat Fanon Ende 1956 von seinem Posten als Chefarzt in Blida-Joinville zurück und verliess Algerien.

## Militanter der FLN

Er zog nach Tunis, wo sich eine Exilzentrale der FLN befand und wurde offiziell Mitglied der Befreiungsbewegung. Er schrieb Artikel für Organe der FLN und wurde im Sommer 1957 deren Sprecher. Als Vertreter der FLN reiste er an internationale Tagungen, war aber auch weiterhin als Arzt tätig, sowohl in Lagern der FLN entlang der tunesischen und marokkanischen Grenze, als auch in tunesischen Krankenhäusern. Im Jahr 1960 ernannte die FLN Fanon zum Botschafter in Ghana, eine Position, die Fanon persönliche Kontakte zu führenden Mitgliedern der Unabhängigkeitsbewegungen verschiedener afrikanischer Länder ermöglichte.

Fanon selbst sollte die Unabhängigkeit Algeriens nicht mehr erleben: Er starb 1961 an Leukämie. Im gleichen Jahr erschien sein berühmtestes Buch «Die Verdammten dieser Erde», in dem er seine eigenen Erfahrungen in politischen Analysen zum Kolonialismus verarbeitete und eine Theorie der antikolonialen Revolution formulierte. Er richtete sich mit dem Buch an seine GenossInnen im Befreiungskampf bzw. an alle jene, die unter kolonialen Strukturen zu leiden hatten und die er dazu aufrief, sich gegen ihre Unterdrückung zu wehren. Er charakterisierte die koloniale Gesellschaft als sowohl von physischer, als auch psychischer Gewalt gegen die Kolonisierten durchzogen. Diese von offener Gewalt geprägte Ordnung manifestierte sich in einer latenten Aggressivität der Kolonisierten, die in der Zeit vor dem Unabhängigkeitskampf ihren Ausdruck in Auseinandersetzungen unter den Kolonisierten, in selbstdestruktivem Verhalten und in mystischen Ritualen fand.

Durch den gewaltsam geführten Befreiungskampf konnte nun die Aggressivität, die in Körpern und Psychen der Unterdrückten vorhanden war, kanalisiert und

gegen die koloniale Unterdrückung gerichtet werden. Die koloniale Unterdrückung war für Fanon Grund für diese Aggressivität, die ohne die Umwälzung der kolonialen Verhältnisse nicht überwunden werden konnte. Die Gewalt erlaubte es den Kolonisierten, sich ihrer Minderwertigkeitskomplexe zu entledigen. Fanon betonte die befreiende Rolle von Gewalt in Situationen, in denen alle anderen Mittel gescheitert waren. Er sah sie als verbindendes Element zwischen unterschiedlichen Gruppen von Kolonisierten. Dabei problematisierte er Gewalt durchaus auch, etwa wenn er auf ihre Auswirkungen einging, mit denen er als Arzt und Psychiater direkt konfrontiert war oder wenn er die unnötige Brutalität, die teilweise von Mitgliedern der FLN ausgeübt wurde, zurückwies. In einem Kapitel aus «Die Verdammten dieser Erde» widmete er sich den psychischen Störungen, die sich im Kolonialkrieg auf beiden Seiten manifestierten und verwies darauf, dass die Anwendung von Gewalt auch dann ihre Spuren hinterliess, wenn die Handlung selbst als legitim und notwendig erachtet wurde.

## Das revolutionäre Subjekt

Für den kolonialen Kontext sprach Fanon der bäuerlichen Bevölkerung die hauptsächliche Rolle des revolutionären Subjekts zu, in Verbindung mit der verarmten städtischen Bevölkerung. Er charakterisierte sie als die Teile der kolonialen Gesellschaft, die nichts zu verlieren hatten und in denen eine gemeinschaftliche Tradition den kollektiv geführten Kampf begünstigte. Dem Zusammentreffen von aktiven BefreiungskämpferInnen mit der ländlichen Bevölkerung mass Fanon eine grosse Bedeutung zu, da ein gegenseitiger Lernprozess in Gang gesetzt werden konnte. Darin lernten einerseits die Militanten, die Situation in Algerien besser einzuschätzen, etwa das ländliche Elend und die Bereitschaft der Bevölkerung zum Aufstand. Andererseits wurde die Landbevölkerung militärisch und politisch ausgebildet. Hingegen bezweifelte Fanon, dass die proletarische Klasse die antikoloniale Revolution entscheidend voran bringen würde. Sie machte einen sehr kleinen Teil der algerischen Bevölkerung aus und nahm eine privilegierte Position im Kolonialsystem ein.

Fanon betonte die Notwendigkeit der aktiven Teilnahme am Befreiungskampf. Er verstand den revolutionären Prozess als Zusammenspiel von gesellschaftlicher und individueller Befreiung. In der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse ging es ihm auch um die Selbstveränderung, die in der Beteiligung am Kampf möglich war. Auch Marx betonte in den «Enthüllungen über den Kommunistenprozess zu Köln» die Notwendigkeit der Selbstveränderung – auch wenn dadurch Kämpfe verlängert werden. Die ehemals kolonialisierten Menschen sollten, so Fanon, zur gemeinsamen Gestaltung ihres Schicksals befähigt werden, anstatt Verhältnissen ausgesetzt zu sein, die ihnen von anderen auferlegt wurden. Fanon warnte zudem in «Die Verdammten dieser Erde» vor der Vereinnahmung der Errungenschaften der Revolution durch nationale Eliten. Diese Warnung erwies sich nicht nur im algerischen Kontext als heilsichtig. In vielen ehemals kolonialen Ländern blieben nach der Unabhängigkeit die kolonialen Strukturen erhalten, statt dass sie im Sinn der sozialistischen Ausrichtung der Befreiungsbewegungen umgewälzt worden wären.



# Die Fussabdrücke der Schlapphüte

**CYBERKRIEG Die NSA und das GCHQ sind nicht bloss passive Überwachungsdienste, sondern greifen auch (teilweise unabsichtlich) ins Weltgeschehen ein.**

(rabs) In den vergangenen Aufbau-Ausgaben wurde bereits über die Überwachung der Kommunikation durch staatliche Stellen berichtet. In diesem Artikel wird neben einer Zusammenfassung der aktuellen Entwicklung vor allem auf aktive Eingriffe durch die Geheimdienste eingegangen.

Ende November 2012 gab es einen zweitägigen Ausfall der Internetkommunikation in Syrien. Während dieser Zeit wurde wild mit Vermutungen um sich geworfen: Je nach politischem Standpunkt wurde entweder die syrische Regierung beschuldigt, die «Opposition» destabilisieren zu wollen, oder es wurde ein Anschlag der «Terroristen» zur Schwächung der staatlichen Infrastruktur angenommen. In einem Interview mit dem Online-Magazin wired.com1 äussert sich Edward Snowden zu diesem Ausfall. Er berichtet, was ihm von einem NSA-Mitarbeiter erzählt wurde. Die NSA-eigene Hacker-Einheit Tailored Access Operations (Etwa: Massgeschneiderte Zugriffsoperationen) habe versucht, ein eigens für diesen Zweck angefertigtes Überwachungsprogramm auf Geräten der zentralen Infrastruktur der staatlichen syrischen Telekommunikationsfirma zu installieren. Der Zugriff sei fehlgeschlagen, die angegriffenen Geräte waren danach nicht mehr verwendbar.

Wie genau die syrische Telekom reagierte, ist eher spekulativer Natur. Verschiedenen Analysen zufolge scheint es, als wäre ein Notfallprozedere befolgt worden, bei dem die komplette Kommunikationsinfrastruktur zum Selbstschutz vor weiteren Angriffen ausgeschaltet wurde. Nach zwei Tagen wurde die Internetkommunikation wieder aufgenommen. Die von aussen beobachtbare Art der Wiederaufnahme spricht dafür, dass sie ähnlich geordnet vor sich ging wie das Ausschalten; ein weiterer Hinweis, der auf eine mögliche Notabschaltung hindeutet. Mindestens drei weitere Ausfälle in Syrien mit ähnlicher Charakteristik, die allerdings alle weniger als einen Tag anhielten, konnten beobachtet werden. Bei diesen Ausfällen liegen allerdings keine Hinweise auf einen möglichen Grund für eine Notabschaltung vor.

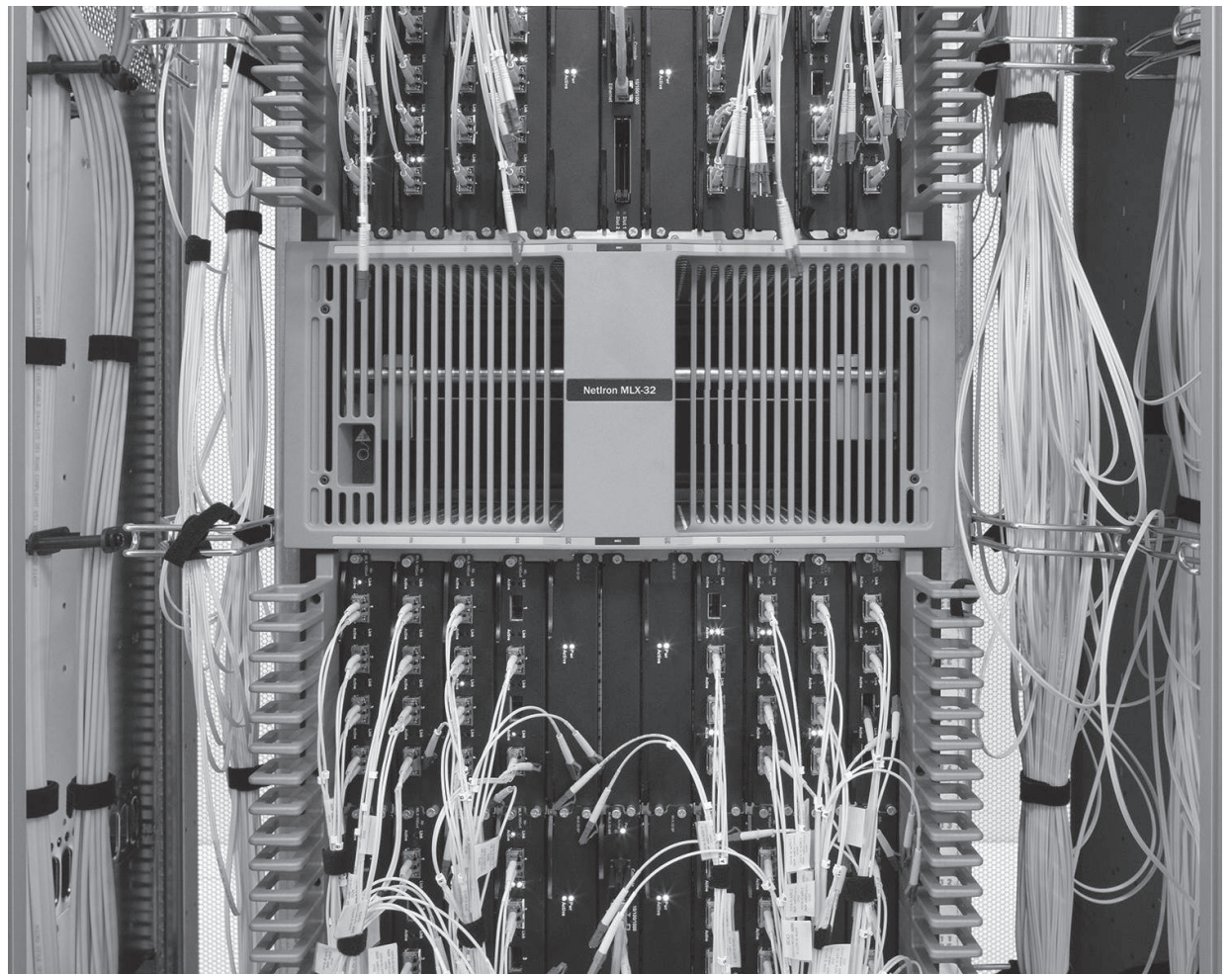
Snowden berichtet weiter, dass die Angreifer aus der Tailored Access Operations-Einheit nach dem Fehlschlagen des Angriffs einen Panik-Moment gehabt hätten. Sie hätten befürchtet, dass die syrische Telekom den Zugriff bemerken und zurückverfolgen könnte. Die Stimmung innerhalb der Einheit habe sich erst wieder entspannt, nachdem einer der Hacker bemerkt habe, dass sie Israel beschuldigen könnten, falls der Angriff bemerkt worden wäre.

## Hardware-Manipulation

Der oben beschriebene Vorgang ist vor allem bemerkenswert, da die Operation fehlschlug und über Snowden an die Öffentlichkeit gelangte. Das Manipulieren von Kommunikationsinfrastruktur zum Erlangen von Überwachungsknoten ist allerdings keineswegs eine Ausnahme, sondern die Regel. Glenn Greenwald beschreibt im Buch «No Place to Hide» wie die NSA-Abteilung Access and Target Development (Zugriffs- und Ziel-Entwicklung) verschiedene Netzwerk-Geräte manipuliert, die aus den USA exportiert werden: «Die Agency implantiert Überwachungstools mit für die NSA zugänglichen Hintertüren, verpackt die Geräte wieder, versiegelt sie mit dem Hersteller-siegel und sendet sie dann an die Kunden. Damit erhält die NSA Zugriff auf ein ganzes Netzwerk und alle damit verbundenen BenutzerInnen.» Ein solchermassen manipuliertes Gerät kontaktiert automatisch die NSA und erlaubt einen Fernzugriff auf das entsprechende Netzwerk. Mit diesem Zugriff ist für die NSA alles möglich: Das passive Mithören aber auch gezielte Hackerangriffe auf einzelne Computer oder BenutzerInnen des Netzwerks sowie das Weiterverbreiten von Schadprogrammen.

Dass diese Gefahr besteht, war in IT-Sicherheitskreisen bereits vor der Bestätigung durch die Snowden-Veröffentlichungen klar. Bei einer Schweizer Grossbank sollte ein Server aus den USA auf die Cayman Islands verfrachtet werden. Nachdem der Server allerdings für mehrere Tage im US-Zoll hängen blieb, musste von einer Manipulation ausgegangen werden. Der Server wurde ausgemustert, um einen solchen Angriff nicht zuzulassen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass das Nachrichtendienstkomitee des US-Repräsen-



Zentrale Kommunikationsinfrastrukturen sind ein beliebtes Ziel für Lauschangriffe.

tantenhaus im Jahr 2012 warnte, dass Geräte der zwei grössten chinesischen Netzwerkausrüster Huawei und ZTE nicht vertrauenswürdig seien. Es gebe zwar keine konkreten Beweise, aber die beiden Firmen würden nicht genügend kooperieren, um die Vorwürfe aus der Welt zu schaffen. «Findet einen anderen Hersteller [als Huawei], wenn ihr euch um euer geistiges Eigentum sorgt; wenn ihr euch um die Privatsphäre eurer Kunden und um die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten sorgt», so Mike Rogers, der republikanische Vorsitzende des Nachrichtendienstkomitees in einer Fernsehsendung zum Thema.

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Statements wurden Stimmen laut, die eine rein protektionistische Motivation hinter der Argumentation vermuteten, sind Huawei und ZTE doch erstarkende Konkurrenten des US-Netzwerkausrüsters Cisco. Falls dem so wäre, war das Vorhaben zum Teil erfolgreich: Huawei kündigte Ende 2013 an, sich aus dem US-Markt zurückzuziehen. Gleichzeitig zerrten die Veröffentlichungen der US-Manipulationen allerdings auch stark an Cisco: Bereits im Jahr 2013 wurden 4'000 MitarbeiterInnen entlassen, im August dieses Jahres wurde der weitere Abbau von 6'000 Stellen angekündigt. Ein Zusammenhang mit den Veröffentlichungen ist offensichtlich, so hat sich der Cisco-Chef in einem Brief

Bewertung (und damit das Erscheinen in den Suchergebnissen) von Youtube-Videos durch massenhaftes Bewerten verändert, Facebook-Einträge vor Benutzergruppen versteckt oder auch der Zugriffszähler von Webseiten geändert. The Intercept (deutsch: abhören, eine neu gegründete journalistische Website im Zusammenhang mit Nachrichtendienst-Whistleblowern, <https://firstlook.org/theintercept/>) veröffentlichte eine GCHQ-interne Wiki-Seite, in der die verschiedenen dem GCHQ zur Verfügung stehenden Tools aufgelistet sind.

Der ARD hat einen Auszug aus den XKeyscore-Regeln veröffentlicht. In diesem Auszug lässt sich erkennen, dass die NSA ein grosses Interesse daran hat, die BenutzerInnen von Anonymisierungssoftware zu beobachten. Bereits wer nach dem Begriff TOR (ein bekanntes Anonymisierungsprogramm) sucht, wird vom NSA markiert. Interessant dabei ist, dass die Entwicklung von solchen Anonymisierungstools auch von der US-Regierung vorangetrieben wird, mit dem Argument, dass bloss die Anonymität eine Demokratisierung in Staaten mit einer unterdrückenden Regierung ermöglichen würde. Die Überwachung von BenutzerInnen von anonymem Internet nimmt teilweise absurde Ausmasse an: So wird auch ein anonymes E-Mail-Dienst, der von einer amerikanischen Elite-Uni betrieben wird sowie die Website eines Linux-Magazins überwacht.

Eine Veröffentlichung durch den Intercept wirft hohe Wellen: Inhaltlich mässig interessant – knapp die Hälfte von 680'000 Personen auf der US-Terrorliste haben keine bekannten Verbindungen zu Terrororganisationen – zeigt das Datum der zugrunde liegenden Dokumente auf, dass es einen weiteren Whistleblower mit Zugriff auf geheime Dokumente gibt. Glenn Greenwald meinte dazu, dass dieser Artikel auf Informationen einer neuen, gut platzierten Quelle basiert, aber auch Daten aus den Snowden-Veröffentlichungen beinhaltet. Bisher durch diese Quelle veröffentlichte Dokumente weisen die Geheimhaltungsstufe «Secret» auf, Edward Snowden konnte über das gemeinsame Nachrichtendienstnetzwerk auf Daten mit höherer Geheimhaltungsstufe zugreifen.

MonsterMind, ein vom NSA entwickeltes Cyberkrieg-Programm, soll Cyber-Angriffe auf die USA automatisch erkennen können und Abwehrmassnahmen einleiten. Zu den Abwehrmassnahmen kann neben dem Aussperren von Angreifern auch gehören, dass Teile der US-Infrastruktur ausgeschaltet werden, um Angriffe auf diese abzuwehren. Die Informationen zu diesem Programm sind eher spärlich, Snowden geht allerdings davon aus, dass das Programm in Zukunft erweitert werden könnte, um automatisierte Gegenangriffe einzuleiten.

Is GCHQ awesome and 100% legal?

YES

YES

vote

Manipulation von Meinungen im Internet: Leider nicht immer ganz so offensichtlich.

an Obama beschwert, dass die Offenlegung der NSA-Spionageaktivitäten das Geschäft schädigen würde.

## Übersicht über die letzten Monate

Ebenfalls durch Veröffentlichungen von Snowden wurde bekannt, dass der britische Nachrichtendienst Government Communications Headquarters (GCHQ) Programme zur Manipulation der Stimmung in sozialen Netzwerken entwickelt oder bereits einsetzt. Dazu werden Online-Umfragen manipuliert, die



# Krisenpolitik: Wenn Sparen tötet

**GESUNDHEIT Austeritätspolitik wirkt sich verheerend auf die Gesundheit der Bevölkerung aus. Anstieg der Kindersterblichkeit, HIV-Infizierungen und Suizidfälle sind nur einige Beispiele. Das zeigt ein Buch zweier Epidemiologen.**

(agkkzh) Wann immer ein Land in den letzten Jahren in eine finanzielle Krise stürzte, war der Gesundheitsbereich einer der ersten Sektoren, der von den einsetzenden Sparprogrammen betroffen war. So musste beispielsweise Griechenland seine Ausgaben im Gesundheitsbereich von 24 auf 16 Milliarden Euro kürzen. In zahlreichen anderen Ländern verordnete der IWF oder die Weltbank in Folge der finanziellen Engpässe Privatisierungsprogramme. Ob jedoch «nur» die finanziellen Ressourcen gekürzt wurden oder ob der ganze Sektor durch Privatisierung «rentabel» gemacht werden sollte, spielte für die Betroffenen selbst oftmals keine Rolle. Denn in beiden Fällen litten diejenigen, die auf gesundheitliche Unterstützung angewiesen waren, unter denselben Folgen des Sozialabbaus. Wie verheerend sich diese auswirken können, zeigen die beiden englischen Epidemiologen David Stuckler und Sanjay Basu in ihrem unlängst ins Deutsche übersetzte Buch «Sparprogramme töten. Die Ökonomisierung der Gesundheit» auf.

## Mehr PatientInnen, weniger Ressourcen

Aktuellstes Beispiel einer kapitalistischen Krisenpolitik und deren Folgen für die Gesundheit zeigt sich, so Basu und Stuckler, in Griechenland. Infolge der Finanzkrise beschloss der IWF, dass das Land künftig nur noch 6 Prozent des Bruttosozialproduktes für die Gesundheit ausgeben dürfe – zynischerweise liegt die Rate in Deutschland deutlich höher: bei gut 10 Prozent. Durch die Sparpolitik fielen zudem in den vergangenen Jahren 35.000 Arbeitsplätze im Gesundheitsbereich weg. Fast ein Drittel der Bevölkerung fiel zwischenzeitlich aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten aus den Krankenversicherungen. Gleichzeitig aber stieg die Anzahl an stress- und armutsbedingten Krankheiten massiv an. Die Anzahl an Menschen, die wegen psychischer Probleme Hilfe suchte, verdoppelte sich ebenso. Und weil infolge der Sparmassnahmen keine sauberen Nadeln mehr an Drogensüchtige abgegeben werden konnten, stieg die Anzahl der HIV-Neuinfektionen innerhalb weniger Monate um 50 Prozent an.

Diese Wechselwirkung von steigender Anzahl an Bedürftigen bei gleichzeitigem Abbau von Sozialleistungen, macht die kapitalistische Krisenpolitik derart mörderisch. Dass dabei, bei all den Verhandlungen, Analysen und Berichten des IWF und anderer KreditgeberInnen, nicht ein einziger Arzt beteiligt war, verwundert nicht weiter. «Sparprogramme töten», so ein erstes Fazit der beiden Autoren. Und betrachtet man andere von der Krise betroffene Regionen, so muss man feststellen, dass Griechenland längst nicht das einzige Beispiel einer solchen mörderischen Gesundheitspolitik ist. So fassen Basu und Stuckler konsterniert die Ereignisse der vergangenen Jahre mit den treffenden Worten zusammen: «Hätte man an die Austeritätsprogramme dieselben strengen Standards angelegt, mit der klinische Studien betrieben werden, wären sie längst ausgesetzt worden. Die Nebenwirkungen der Behand-

lung sind katastrophal und oftmals tödlich. Es konnte kein positiver Nutzen festgestellt werden.»

## Auswirkung auf die Psychische Gesundheit

Einen ähnlichen Trend lässt sich auch bei der psychischen Gesundheit beobachten. Je stärker in einem untersuchten Land die Armut in Folge der Austeritätspolitik stieg, desto grösser waren die Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der Menschen. Als beispielsweise der IWF in Folge der Asienkrise kurz vor der Jahrhundertwende in einzelnen südasiatischen Ländern wirtschaftliche Schocktherapien durchführte, stieg die Selbstmordrate in Südkorea um 45 Prozent und in Thailand gar um 60 Prozent. In Spanien stieg zwischen 2007 und 2009 die Anzahl der Menschen, die Antidepressiva zu sich nahmen, um 17 Prozent, gleichzeitig stieg auch die Anzahl an Arztbesuchen wegen schweren Depressionen, Panikattacken oder Alkoholmissbrauch. Und in Grossbritannien wurden 2010 3,1 Millionen mehr Rezepte für Antidepressiva ausgeschrieben, als noch zwei Jahre zuvor.

Die Gründe für diese Anstiege liegen, so Stuckler und Basu, hauptsächlich in der mit der Krise einhergehenden Arbeits- und Perspektivlosigkeit. So erklären die beiden, dass «bei Arbeitssuchenden das Selbstmordrisiko doppelt so hoch ist, wie bei Erwerbstätigen». Eine solche Analyse wirft daher noch einmal ein ganz anderes Licht auf die Austeritätspolitik der vergangenen Jahre. Entgegen den Annahmen und Behauptungen neoliberaler Ökonomen geht es also nicht einfach darum, über Rentabilität und Wachstum zu entscheiden, sondern letztendlich um Menschenleben. Wie entscheidend sich eine solche mörderische Politik auf die Gesundheit auswirken kann, zeigen die beiden Autoren dann anhand des Beispiels Osteuropa und der Marktintegration der ehemaligen sowjetischen Staaten auf.

## «Postkommunistische Mortalitätskrise»

Innerhalb weniger Jahren und in der Form einer Schocktherapie, so beschlossen die selbst ernannten Wirtschaftserneuerer und Geldgeber, sollten die ehemals sozialistischen Gebiete in den kapitalistischen Markt integriert werden. So wurden über Nacht Betriebe privatisiert und für den Kapitalismus fit getrimmt. Durch steigende Arbeitslosigkeit, Verelendung und Drogenmissbrauch, die damit einher gingen, sank jedoch gleichzeitig die Lebenserwartung russischer Männer von 1991 bis 1994 von 64 auf 57 Jahren. Damit hatte das postsowjetische Russland, in Folge seiner «postkommunistischen Mortalitätskrise», in den letzten 50 Jahren die grösste Abnahme der Lebenserwartung eines Landes zu verzeichnen, das weder unter Krieg noch Hunger litt. Eine Entwicklung, die freilich durch die neue Klassengesellschaft geprägt war: So besass ein männlicher russischer Fabrikarbeiter zwischen 1994 und 2006 durchschnittlich eine rund 15 Jahre geringere Lebenserwartung als zeitgleich ein Manager oder ein anderer Profiteur des neuen Wirtschaftssystems.

Es ist jedoch nicht so, dass die Zunahme von Alkoholmissbrauch, Suiziden und Krankheiten in Folge der neuen Perspektivlosigkeit die internationalen Geldgeber unerwartet traf. So hiess es in einem Bericht der Weltbank vor einigen Jahren: «Bevor langfristige Verbesserungen des Gesundheitsniveaus eintreten, ist davon auszugehen, dass die Umstellung auf die Marktwirtschaft [...] kurzfristig zu Verschlechterungen führen



David Stuckler und Sanjay Basu's neuestes Werk.

wird.» Dass dabei also mit einer ganzen Bevölkerung ohne Rücksicht auf Verluste experimentiert wurde, ist erschreckend. Noch erschreckender ist, wie wenig die internationalen Geldgeber aus dem fahrlässigen Massenmord auf Raten gelernt haben. So forderte der IWF unlängst die isländische Regierung auf, die staatlichen Alkoholläden zu privatisieren, um die eigene Wirtschaft anzukurbeln. Island entschied sich jedoch aufgrund der vergangenen Erfahrungen glücklicherweise dagegen und erteilte dem IWF diesbezüglich eine Abfuhr.

## Falsche reformistische Hoffnungen

Trotz zahlreicher informativer Zahlen und Analysen besitzt Stucklers und Basus Untersuchung jedoch einen grossen Wermutstropfen. In ihrem neokeynesianistischen Weltbild vermögen sie zwar die Auswirkungen der Krisen zu analysieren, nicht jedoch deren Ursachen. Dass dabei das skandinavische Modell zum propagierten Vorbild einer funktionierenden Gesundheitspolitik erkoren wird, ist hierbei typisch für die Agenda sozialdemokratischer Reformpolitiker. Doch sind Sparprogramme entgegen der Annahme der beiden Autoren nicht Ursache, sondern nur Symptom der kapitalistischen Krisen. Weils sie das nicht erkennen, führen die Autoren ihre eigene Analyse ad absurdum, und kommen schliesslich gar zum Schluss, dass Staaten statt bei der Gesundheit zu sparen, dort erst recht investieren müssten. Nicht jedoch weil dies den tatsächlichen Nebeneffekt hätte, weniger Tote zu verursachen, sondern vielmehr daher, weil die möglichen Investitionen die wirtschaftliche Leistung ankurbeln würden. Statt unser Wirtschaftssystem grundsätzlich in Frage zu stellen, fordern Stuckler und Basu hier schlicht eine funktionierende Kapitalakkumulation. Dass bisher auch keine keynesianistische Wirtschaftspolitik kapitalistische Krisen verhindern konnte, vergessen die beiden dabei gerne.

## MERKE!



Die Zivi-Frau taucht seit einiger Zeit bei politischen Ereignissen in Zürich auf, neben den bekannten Sidi-Zivis Schaffner oder Widmer. So zum Beispiel am der 8. März-, der «We hate Fifa - we love fottball»- oder an Häuser-Demos. Ob sie integraler Teil des Sidi ist, wird sich zeigen.

Der behelmte Zivi stach als besonders aggressiv bei der Räumung des Labitzke-Areals ins Auge.







**LoRa 97.5 MHz**

**Sonntag  
18 bis 20 Uhr**

**Die nächsten Daten:**

**04.05.2014  
01.06.2014  
06.07.2014**

Kritik und Anregungen an:  
Rote Welle, Postfach 8663, 8036 Zürich

**Wiederholungen  
jeweils  
donnerstags  
10 bis 12 Uhr**

**adag**  
Druckerei

H.- R. Breitenmoser  
Landenbergstrasse 10  
CH - 8037 Zürich

Tel. 01/ 272 17 10  
Fax 01/ 271 77 26

adag@adagzebra.ch

Briefschaffen • Plakate • Flyer • Postkarten • etc.

**FUCK OFF**  
Basel. Kein Ort für Gipfeltreffen.  
OSZE angreifen: 4.-5. Dezember 2014  
osze-angreifen.org



«Das Kapital» von Karl Marx  
zum Selbststudium

Band I

Herausgegeben von: Revolutionärer Aufbau Schweiz  
www.aufbau.org

AUFBAU

**Erhältlich im Aufbau-Vertrieb  
oder vertrieb@aufbau.org,**

**Preis Fr. 10.-**



**Neue T-shirts, Bücher & weiteres Infomaterial**

**Erhältlich im Aufbau-Vertrieb und an Infoständen bei ausgewählten Veranstaltungen**



Arbeitsalltag



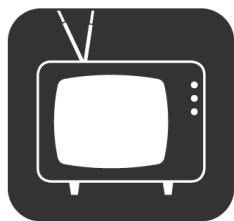
Kompetenz



Freiheit



Sicherheit



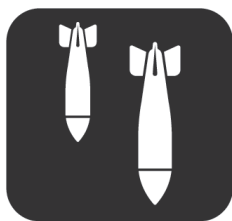
Wahrheit



Wissen



5. Element



Lösung

Unsere Gesellschaft. Unsere Zukunft?

**vorwärts** Sozialistische Zeitung  
Gratis-Probe-Abos: [www.vorwaerts.ch](http://www.vorwaerts.ch)

Graphic: Luca Eusebio



**Der neue Webauftritt  
der jungen Welt.  
Die ganze Zeitung im Internet.**

Die *junge Welt* ist eine überregionale, von Parteien und Organisationen unabhängige linke Tageszeitung. Jeden Tag finden Sie in ihr mindestens zwei aktuelle Interviews, eine tagesaktuelle Schwerpunktsseite, fünf Seiten Politik, zwei Thema-Seiten, ein junges Feuilleton sowie »kapital & arbeit« auf Seite 9. An drei Tagen ist eine halbe Seite für unsere Leserinnen und Leser reserviert. Die täglichen Kommentare, die Wochenendbeilage »faulheit & arbeit« und die jeweils wöchentlich erscheinenden Seiten »Feminismus« und »Antifa« sind in Art und Inhalt einmalig. Hauptaufgabe der Zeitung: Bestehende Verhältnisse ungeschminkt beschreiben, analysieren, kritisieren. Der Marxismus ist dazu ein wichtiges Instrument.

**[www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)**

**Mehr Nachrichten, mehr Analyse, mehr Information.**

**kommunismus lesen. aufbau abonnieren.**

jahresabo 30 fr.  
förderabos 50, 100 fr. oder nach Wahl

[info@aufbau.org](mailto:info@aufbau.org) oder [www.aufbau.org](http://www.aufbau.org)

**TAXI - Magazin für Soziales und Kultur**

[www.strassenmagazin.ch.vu](http://www.strassenmagazin.ch.vu)

**Offen für Texte und Infos....**

Wir brauchen immer VerkäuferInnen.  
Pro verkauftem Heft verdienst Du CHF 2.50  
**Job-Telefon 078 742 28 67**

[www.prisoners-voice.org](http://www.prisoners-voice.org)

Contro la censura, isolamento e differenziazione - dare voce ai prigionieri politici  
Gegen Zensur, Isolation und Differenzierung - den politischen Gefangenen eine Stimme geben  
Against censorship, isolation and separation - let's give the political prisoners a voice  
Contre la censure, isolement et differenciation - donner une voie aux prisonniers politiques

**Buchhandlung im Volkshaus**

Stauffacherstrasse 60  
8004 Zürich  
Telefon 044 241 42 32  
[www.volkshausbuch.ch](http://www.volkshausbuch.ch)  
[info@volkshausbuch.ch](mailto:info@volkshausbuch.ch)

Politik | von > Adorno bis > Zapata

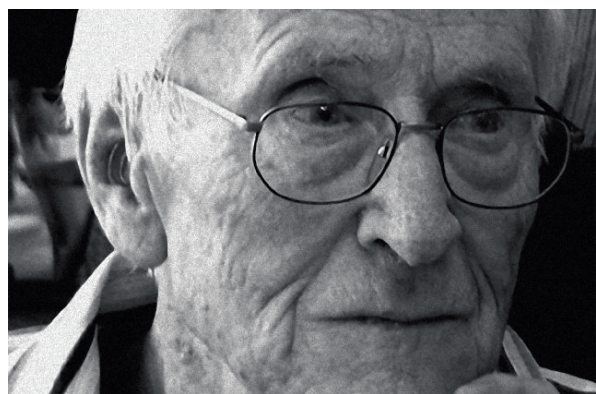


# Heiri Strub, ein Leben lang Kommunist

**NACHRUF Am 22. April 2014 starb der Basler Kommunist und Maler Heiri Strub. Ein Leben lang setzte er sich für seine Überzeugung ein und ging dafür auch ins Exil**

(rabs) Auch wer den Namen Heiri Strub nicht kennt, hat gute Chancen, das eine oder andere seiner Bilder zu kennen. Von politischen Plakaten über Kinderbuch-Illustrationen zu Titelbildern von Romanen sind seine Bilder vielen bekannt, die den Namen des Künstlers nicht kennen.

Heiri Strub wurde am 17. August 1916 in Riehen BS geboren. Seine Eltern waren engagierte KommunistInnen, Vater Walter Strub war Vorsteher des Basler Gewerbeinspektors und setzte sich für bessere Arbeitsbedingungen wie die 48-Stunden-Woche ein. Er wurde für die Kommunistische Partei Basel auch ins Kantonsparlament (Grosser Rat) gewählt. Die Mutter Margrit Strub war Sekretärin des Sozialdemokratischen Abstinentenbundes, der gegen den Alkoholismus in der ArbeiterInnenschaft kämpfte. Auch brach sie zum grossen Missfallen des Bürgertums Tabus, indem sie sich beispielsweise für die Fristenregelung und somit für die Legalisierung der Abtreibung einsetzte.



Heiri Strub

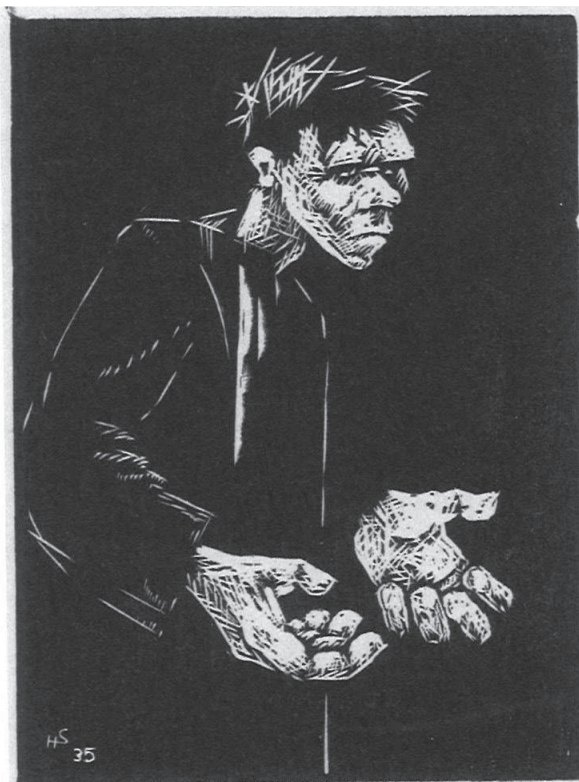
## Kunst und Politik

Schon früh betätigt sich Heiri kreativ und schon in frühen Werken ist der Einfluss seines Umfeldes zu sehen, der ihn ein Leben lang prägen wird. Kunst ist für Heiri nicht ein Zweck für sich, sondern auch ein Mittel, etwas auszudrücken. Ein erstes Mal erregt der Künstler Aufsehen, als er 1933 an einem Wettbewerb für ein Werbeplakat für die Stadt Basel teilnimmt. In seinem Beitrag, der an der dazugehörigen Ausstellung zu sehen ist, bildet er keine Idylle ab, wie das wohl erwartet worden war, sondern das Elend des Basler Proletariats. Zu sehen ist das Imbergässli, eine kleine Gasse in der Basler Innenstadt, die zu dieser Zeit vor allem von Armen bewohnt war. Auf der Treppe, die zwischen schmutzigen braunen Häusern nach unten führt, sitzt ein mageres Kind mit traurigem Blick, das nach einer Katze blickt. Im Hintergrund leuchtet mächtig der Turm des Rathauses, den Gegensatz zwischen der Politik und dem Elend der Bevölkerung hervorstreichend.

## Arbeit in der Illegalität

Im selben Jahr tritt Strub auch der kommunistischen Jugend bei. Die Machtergreifung Hitlers ändert auch in der Schweiz, besonders im grenznahen Basel das politische Klima. Einerseits haben rechts-extreme Gruppen grossen Zulauf, was von der Regierung auch akzeptiert wird, weil der mächtige Nachbar nicht provoziert werden soll oder sogar Sympathien für die Weltanschauung vorhanden waren. Auf der anderen Seite haben die Linken in den Wahlen 1935 in Basel grossen Erfolg, da die Gefahr von Rechts den Graben zwischen KommunistInnen und SozialdemokratInnen verkleinert und sie sich für die Regierungswahlen zusammenschlossen. Der Sieg – alle vier Kandidaten der Linken werden in die Regierung gewählt – ist der Beginn der Ära des «roten Basel», in der SP und KP die Mehrheit in der Regierung stellten, die bis 1950 andauert.

Viele KommunistInnen und AntifaschistInnen engagieren sich während der Zeit von 1933 bis zum Ende des Krieges als FlüchtlingshelferInnen. Als bekannte KommunistInnen, sind die Strubs Ziel polizeilicher Überwachung, die mit Hilfe von Nachbarn



«Gibt uns Arbeit und Brot» und «Einheit gegen Faschismus», 1935

von der Bundespolizei durchgeführt wird. Die Überwachung war aber nicht so lückenlos, dass nicht doch ein Engagement möglich ist. Es reichte, wenn BesucherInnen den Hintereingang benützten, um den wachsamen Augen der Spitzel zu entgehen. Die Hetze gegen die KP führt zum Ausschluss der Kommunisten vom Staatsdienst, der vom Stimmvolk in einer Initiative beschlossen wird. Entsprechend treten viele aus der KP aus und auch die Mobilisierungskraft der Partei nimmt ab. 1940 wird die Partei dann verboten, es kommt zu Verhaftungen und Hausdurchsuchungen. Auch die «rote» Regierung setzt das Verbot um und freut sich, die KP zu beerben. Die Arbeit der Partei geht aber auch in der Illegalität weiter, Heiri Strub findet sie sogar um so spannender.



«Freiheit», 1945

Wie so viele BaslerInnen ist Strub ein begeisterter Faschnächtler. Seine politische Arbeit macht auch dann nicht Pause und er stellt zusammen mit seiner Clique die Verbindung zwischen der offiziellen Schweiz und Hitler-Deutschland dar: An der Fasnacht 1937 kriechen die sieben Bundesräte einem als Hitler karikiertem Bundesanwalt nach. Die Aktion wird jedoch von der Polizei gestoppt – angeblich, weil man sich nicht über fremde Machthaber lustig machen dürfe.

Während seiner Lehre in einer Buchdruckerei lernt Heiri Strub auch neue Techniken wie den Linolschnitt kennen, die sich für die politische Agitation verwenden lassen, da die Vielfältigkeit einfach ist. Auch als Buchillustrator erhält Strub immer wieder Aufträge, die der oft arbeitslose Kommunist gerne annimmt.



## Exil

Als sich die Situation mit der Kommunistenhetze im kalten Krieg verschärft, und sich die Familie in der Schweiz nicht mehr über Wasser halten kann, versuchen Heiri Strub und seine Frau Lotti ihr Glück in der DDR. 1957 emigrieren sie auf Einladung des staatlichen Kinderbuchverlages, der die Qualitäten des Künstlers zu schätzen weiss. Hier findet Strub Arbeit und Anerkennung. Auch erweitert er sein künstlerisches Repertoire um die Collage, bei der er stark von John Heartfield beeinflusst wird, den er auch persönlich kennen lernt.

1971 kann die Familie Strub wieder nach Basel zurückziehen, nachdem Heiri eine Stelle in der Basler Redaktion des «Vorwärts» angeboten erhält. Olga, die Tochter, bleibt in Berlin, wo sie als Schauspielerin für das «Berliner Ensemble» arbeitet. Beim «Vorwärts» bleibt Strub bis 1981, dann lässt er sich pensionieren. Seine künstlerischen und politischen Aktivitäten gehen jedoch weiter. Wenige Tage nach seinem Tod, am 22. April 2014, öffnete seine letzte Ausstellung, an deren Vorbereitung er noch mitgeholfen hat, seine Tore.



Protestbild gegen die Springepresse, 1968

**Verkaufsstellen Schweiz:** Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen / Buchhandlung Waser, Feldbergstrasse 30, 4057 Basel / Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel.  
**Verkaufsstellen Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infoladen Stuttgart, Ludwigstr. 110a, 70197 Stuttgart / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Jos Fritz Buchhandlung, Wilhelmstr. 15, 79098 Freiburg / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.